

inhalt ...

kompakt	3
kinder im saarland	11
großregion saar - lor - lux	21
wirtschaftsgrafiken	35
neues	41

fotos ...

Titelfoto: Iris Maurer
Spielplatz auf dem Eschberg

Autorenfotos: K. Krause

Grafikfotos: atb, Iris Maurer, QA Photos Ltd

impresum

Statistik Journal, Ausgabe 4/2011

Herausgeber:

Statistisches Amt Saarland

Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken

Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken

Telefon: (06 81) 5 01 - 59 25

Telefax: (06 81) 5 01 - 59 15

E-Mail: statistik@lzd.saarland.de

Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Bezugspreis: Einzelheft 4,- EUR

Jahresabonnement 15,- EUR

ISSN: 1430-2764

© Statistisches Amt Saarland, Saarbrücken, 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

zeichenerklärung

p	vorläufige Zahlen
0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
r	berichtigte Zahlen
-	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
...	Angabe fällt später an
/	keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich

Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Vorbemerkungen

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist im 4. Kapitel des Sozialgesetzbuch XII geregelt und gewährt älteren bzw. dauernd erwerbsgeminderten Personen eine eigenständige Form der Sozialhilfe, die Rückgriffe auf die Einkommens- und Vermögenssituation der Verwandten, insbesondere der Kinder, grundsätzlich ausschließt.

Bei der Grundsicherungsstatistik handelt es sich um eine Vollerhebung jeweils zum 31.12. eines Jahres, die bei den örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozialhilfe durchgeführt wird. Die Statistik stellt neben perso-

nenbezogenen Daten wie Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit auch Angaben über die Höhe und die Dauer des Leistungsbezugs, die Ursachen der Leistungsgewährung sowie die Art und Höhe des eventuell anrechenbaren Einkommens zur Verfügung.

Ergebnisse

Am 31.12.2010 bezogen im Saarland insgesamt 11 304 Personen Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung. Das waren im Vergleich zum Vorjahr 237 Personen bzw. 2,1 Prozent mehr. In den letzten Jahren wurde zwar ein kontinuierlicher Anstieg der Gesamt-Fallzahlen beobachtet, bei näherer Betrachtung fällt jedoch auf, dass die Zahl der voll erwerbsgeminderten Perso-

nen überproportional zugenommen hat. Sie stieg im Zeitraum 2007 bis 2010 von 4 318 auf 4 985 Personen bzw. um 15,4 Prozent an, während die Zahl der Personen im Alter von 65 und älter im gleichen Zeitraum lediglich um 140 Personen bzw. 2,2 Prozent zugelegt hat.

Der Anteil der voll erwerbsgeminderten Personen an allen Leistungsempfängern¹⁾ ist zwischen 2007 und 2010 folglich angestiegen und zwar um 3 Prozentpunkte. Er beträgt nunmehr knapp über 44 Prozent.

Der Anteil der Deutschen ist in allen Berichtsjahren mit knapp unter 90 Prozent nahezu konstant geblieben.

¹⁾ Wenn nicht anders angegeben, handelt es sich immer um beide Geschlechter

T1 Empfänger von Grundsicherungsleistungen 2003 bis 2010 im Saarland

Jahr *	Empfänger/innen			Davon						Deutsche	Nicht-deutsche
				außerhalb von Einrichtungen			in Einrichtungen				
	insgesamt	voll erwerbsgemindert	65 Jahre und älter	insgesamt	voll erwerbsgemindert	65 Jahre und älter	insgesamt	voll erwerbsgemindert	65 Jahre und älter		
2010	11 304	4 985	6 319	9 097	3 681	5 416	2 207	1 304	903	9 940	1 364
2009	11 067	4 748	6 319	8 877	3 385	5 492	2 190	1 363	827	9 740	1 327
2008	10 979	4 553	6 426	8 699	3 211	5 488	2 280	1 342	938	9 817	1 162
2007	10 497	4 318	6 179	8 111	2 861	5 250	2 386	1 457	929	9 364	1 133
2006	9 725	4 083	5 642	7 567	2 754	4 813	2 158	1 329	829	8 807	918
2005	9 340	3 714	5 626	7 157	2 434	4 723	2 183	1 280	903	8 292	1 048
2004	6 590	2 051	4 899	6 295	2 027	4 268	655	24	631	6 025	925
2003	5 770	1 719	4 051	5 635	1 701	3 934	135	18	117	4 957	813
	Darunter weiblich										
2010	6 682	2 303	4 379	5 500	1 753	3 747	1 182	550	632	5 940	742
2009	6 599	2 211	4 388	5 465	1 634	3 831	1 134	577	557	5 869	730
2008	6 627	2 115	4 512	5 399	1 538	3 861	1 288	577	651	5 996	631
2007	6 336	2 039	4 297	5 075	1 425	3 650	1 261	614	647	5 733	603
2006	5 950	1 953	3 997	4 798	1 389	3 409	1 152	564	588	5 465	485
2005	5 757	1 769	3 988	4 556	1 215	3 341	1 201	554	647	5 204	553
2004	4 608	1 019	3 589	4 130	1 004	3 126	478	15	463	4 096	512
2003	3 880	859	3 021	3 778	847	2 931	102	12	90	3 433	447

* jeweils 31.12.

Von den insgesamt 11 304 Leistungsempfängern am 31.12.2010 lebten 9 097 bzw. 80,5 Prozent außerhalb von Einrichtungen und 2 207 bzw. 19,5 Prozent in Einrichtungen, d. h. In der Regel in Alten- oder Pflegeheimen. Die entsprechenden Vorjahreswerte betragen 80,2 und 19,8 Prozent.

Von den 9 097 Personen, die am 31.12.2010 Leistungen außerhalb von Einrichtungen erhielten, waren 3 681 oder 40,5 Prozent voll erwerbsgemindert und zwischen 18 und 65 Jahre alt. 5 416 Personen bzw. 59,5 Prozent waren 65 Jahre und älter.

Bei den Personen in Einrichtungen stellt sich diese Verteilung mit umgekehrten Vorzeichen dar: Von den 2 207 Leistungsempfängern waren 1 304 bzw. 59,1 Prozent voll erwerbsgemindert und 903 bzw. 40,9 Prozent mindestens 65 Jahre alt.

Die Verteilung der Zahl der Leistungsempfänger auf die saarländischen

Kreise und den Regionalverband Saarbrücken stellt sich aktuell wie folgt dar.

Prozent ein Anteilswert erreicht, der sich in der Nähe des Landesdurchschnitts von 11,1 Leistungsempfängern je 1 000 Einwohner bewegt. In

T2 Regionale Verteilung der Empfänger vom Grundsicherungsleistungen am 31.12.2010

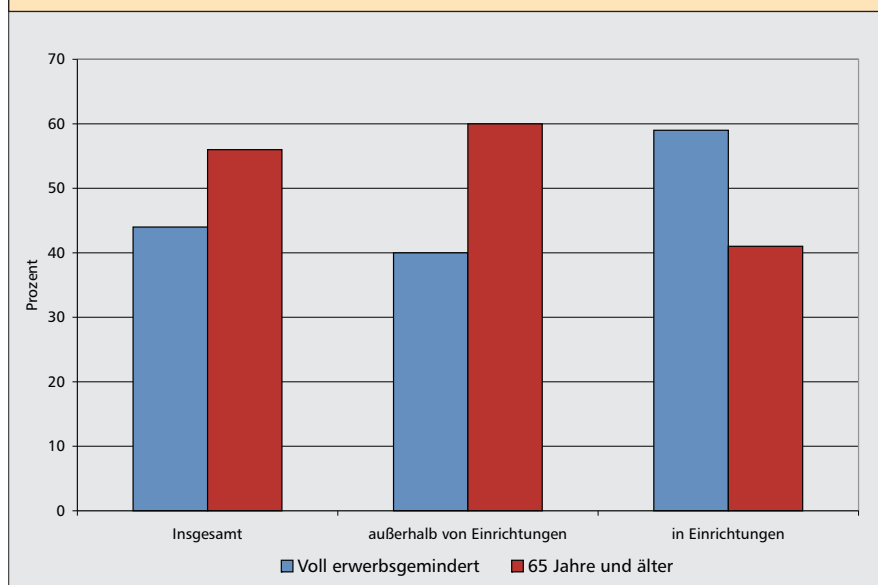
	Empfänger insgesamt	Einwohner am 31. Dezember 2010	Empfänger je 1000 Einwohner
Regionalverband Saarbrücken	5 835	332 333	17,6
Landkreis Merzig-Wadern	694	104 843	6,6
Landkreis Neunkirchen	1 461	137 247	10,6
Landkreis Saarlouis	1 528	203 308	7,5
Saarpfalz-Kreis	1 149	149 240	7,7
Landkreis St.Wendel	637	90 596	7,0
Saarland	11 304	1 017 567	11,1

Im Regionalverband Saarbrücken werden knapp über 51 Prozent aller Leistungsempfänger versorgt, obwohl der Anteil der Bevölkerung an der Gesamteinwohnerzahl des Landes lediglich 33 Prozent beträgt. Im Landkreis Neunkirchen wird mit 10,6

den anderen Kreisen liegen die Anteile der Leistungsempfänger zwischen 7,7 Prozent im Saarpfalz-Kreis und 6,6 Prozent im Landkreis Merzig-Wadern.

Grundsicherungsleistungen werden von Frauen in wesentlich höherem Umfang in Anspruch genommen als von Männern. Am 31.12.2010 waren 59 Prozent der Leistungsempfänger Frauen, 41 Prozent Männer. Dies war auch in den Jahren davor so. Eine unterschiedliche Geschlechterverteilung ergab sich bei den beiden Gruppen von Leistungsempfängern. Während bei den über 65-Jährigen der Frauenanteil 69,9 Prozent betrug, überstieg bei den 18- bis unter 65-Jährigen der voll Erwerbsgeminderten der Anteil der Männer mit 53,8 Prozent die Quote der Frauen. Dies hängt damit zusammen, dass es bei den im erwerbsfähigen Alter stehenden Menschen mehr männliche Behinderte gibt.

S 1 Leistungsempfänger 2010 nach Leistungsort in Prozent



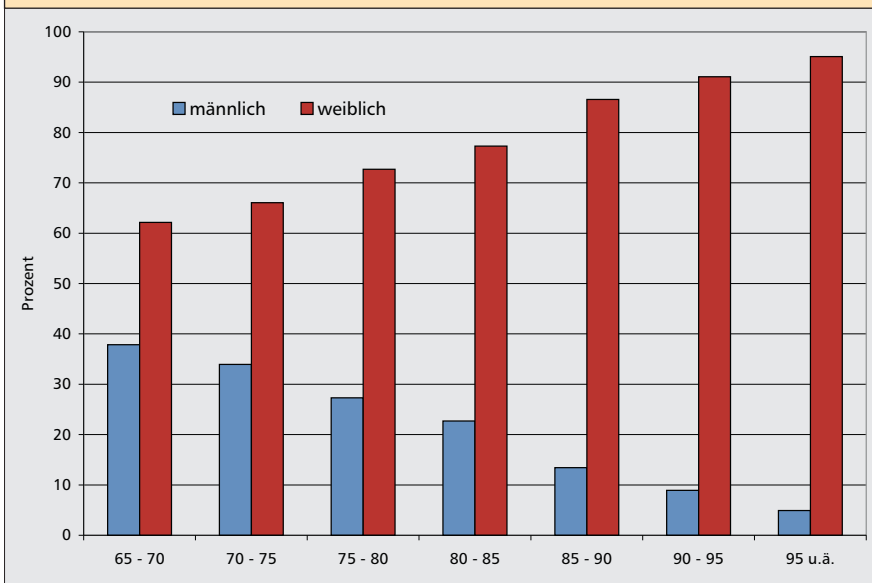
Bei den Leistungsempfängern im Alter von 65 Jahren und älter mit einem durchschnittlichen Frauenanteil von knapp unter 70 Prozent ist der Frauenanteil auch in den einzelnen Altersklassen teilweise deutlich höher als der Männeranteil. Ein wichtiger Grund dürfte die schlechtere Ein-

kommenssituation älterer Frauen sein. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe legen eine solche Vermutung nahe. Der Anteil der weiblichen Leistungsempfänger nach einzelnen Altersklassen steigt von 62,1 Prozent in der Altersgruppe der 65- bis unter

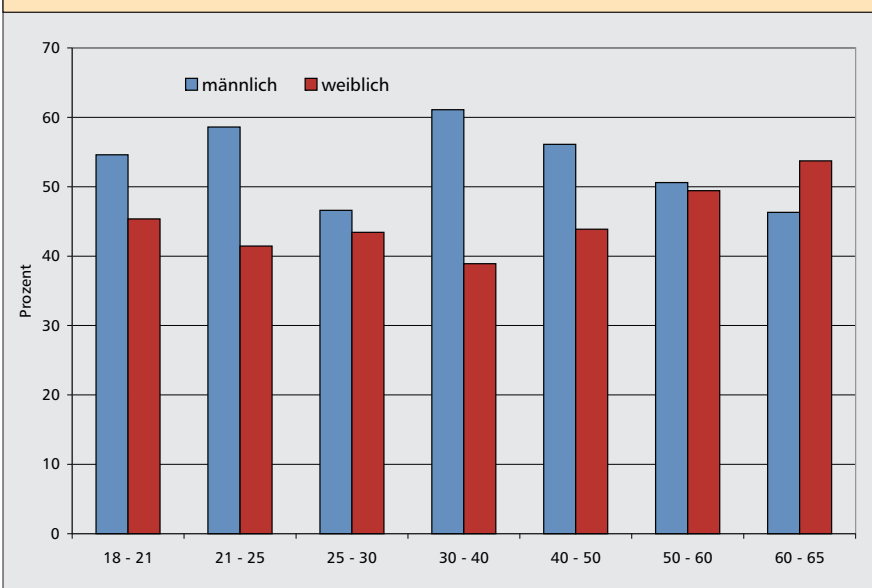
70-Jährigen kontinuierlich an bis zur Altersklasse der über 95-Jährigen mit 95,1 Prozent.

Bei den voll erwerbsgeminderten Personen verhält es sich mit umgekehrten Vorzeichen fast genauso: Hier sind die Männeranteile mit Ausnahme der Alterklasse der 60 bis unter 65-jährigen Leistungsempfänger immer höher als die Anteile der Frauen.

S 2 Leistungsempfänger 2010 über 65 Jahre nach Altersgruppen und Geschlecht in Prozent



S 3 Voll erwerbsgeminderte Leistungsempfänger 2010 nach Altersgruppen und Geschlecht in Prozent



Schlussbemerkungen

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII ist ein wichtiger Eckpfeiler der sozialen Mindestsicherung in Deutschland, die zur Gewährleistung des grundlegenden Lebensunterhalts an leistungsbe-rechtigte Personen gezahlt wird.

Die staatlichen Leistungen im Einzelnen sind

- Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II "Grundsicherung für Arbeitssuchende"), auch bekannt unter „Hartz IV“
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“,
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und
- Leistungen der Kriegsofopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

T3 Leistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme in Deutschland 2009 und 2008

Leistungsart	Leistungsempfänger/innen		Ausgaben (Mrd. Euro)	
	2009	2008	2009	2008
Leistungen nach SGB II "Hartz IV"	6 735 669	6 609 690	35,9	34,9
Leistungen nach SGB XII, davon				
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	92 750	92 320	0,6	0,5
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	763 864	767 682	4,0	3,8
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	121 235	127 865	0,6	0,6
Leistungen der Kriegsopferfürsorge	*	46 256	*	0,5

* Erhebung findet nur alle zwei Jahre statt

Die abschließende Tabelle, die auf der Grundlage der Pressemitteilung Nr. 458 des Statistischen Bundesamtes vom 9.12.2010 erstellt wurde, verdeutlicht die Dimensionen der einzelnen Hilfearten und damit auch die Bedeutung der Grundsicherung im Rahmen der Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII.

(Autor: Heiner Bost)

Energiepreise dominieren Verbraucherpreisentwicklung

Preise rund ums Autofahren steigen überproportional an

Die Autofahrer als "Melkkühe der Nation"

Egal, ob es um Ökosteuer oder Benzinpreise, Versicherungen oder Werkstattkosten geht, um die Erhöhung von Bußgeldern oder um die Diskussion einer Autobahnmaut für Pkw: Immer wieder trifft man in den Medien auf die schöne Metapher vom Autofahrer als der "Melkkuh der Nation".

Nur wenige wirtschaftspolitische Themen bieten so viel emotionales Potential wie die Preisentwicklung

rund um der Deutschen liebstes Kind, das Automobil.

Die amtliche Verbraucherpreisstatistik trägt der Bedeutung der privaten Kfz-Nutzung durch die Berechnung eines so genannten Kraftfahrerpreisindex Rechnung. Dieser ermöglicht den Vergleich mit der allgemeinen Entwicklung der Lebenshaltungskosten wie auch die Darstellung der Entwicklung einzelner Kostenarten, die im Zusammenhang mit der Kfz-Nutzung stehen.

Kfz-Nutzung beansprucht gut 12 Prozent des Haushaltsbudgets

Im Rahmen der Berechnung des Verbraucherpreisindex wird Monat für Monat die Preisentwicklung eines typischen Warenkorb beobachtet, der mehr als 700 Waren und Dienstleistungen für die private Lebensführung beinhaltet. Die einzelnen Waren und Dienstleistungen werden bei der Berechnung des Preisindex in dem Ausmaß berücksichtigt, wie es ihrem Anteil an den gesamten Verbrauchsausgaben eines Durchschnittshaushaltes entspricht. Diese Gewichtung wird für den Zeitraum von fünf Jahren konstant gehalten, wobei zurzeit noch die Konsumverhältnisse des (Basis-)Jahres 2005 (=100) den Be-

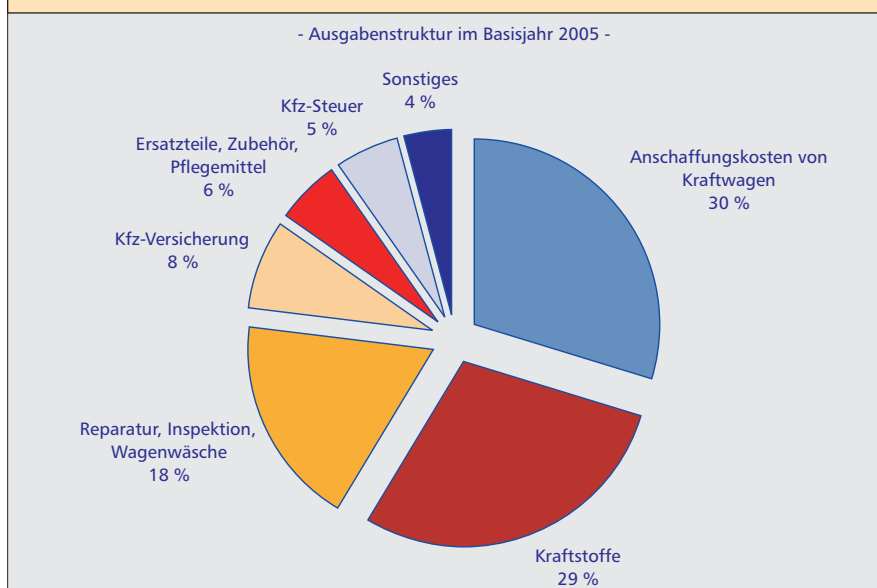
rechnungen zugrunde gelegt werden.¹⁾

Während im Verbraucherpreisindex also alle Bereiche der privaten Lebenshaltung Eingang finden, werden im Kraftfahrerpreisindex die Ausgabenbereiche zusammengefasst, die mit der Nutzung von Pkw oder Motorrädern im Zusammenhang stehen. Gemessen am Ausgabeverhalten privater Haushalte im Jahr 2005 lag der Anteil der Ausgaben für den Betrieb von Kraftfahrzeugen bei 12,2 Prozent der Gesamtausgaben. Zum Vergleich: Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke fielen mit einem Ausgabenanteil von 10,4 Prozent deutlich weniger ins Gewicht!

Betrachtet man die Ausgabenstruktur innerhalb des Kraftfahrerpreisindex, so fallen zunächst drei große Blöcke ins Auge: Mit 30 Prozent stellen die Kosten für den Kauf von Kraftwagen den größten Posten dar. Mit einem Anteil von 29 Prozent sind die Kraftstoffe von ähnlich hohem Gewicht. Zusammengenommen 18 Prozent entfallen auf Reparaturen, Inspektionen und Wagenwäsche.

¹⁾ Die Umstellung auf das neue Basisjahr 2010 erfolgt im Januar 2013

S 1 Kraftfahrerpreisindex



Erst mit Abstand folgen die Kfz-Versicherung (8 Prozent), Ersatzteile, Zubehör und Pflegemittel (6 %), Kfz-Steuer (5 %) und sonstige Ausgabepositionen wie Fahrschule, Führerscheingebühren oder Garagenmiete und Anschaffungskosten für Motorräder.

Bevor nun die Preisentwicklung im automobilen Bereich näher untersucht wird, zunächst ein Blick auf die allgemeine Preisentwicklung seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts.

Lebenshaltungskosten seit 2005 um mehr als ein Zehntel gestiegen

Betrachtet man die Entwicklung der Verbraucherpreise im Saarland im aktuellen Basiszeitraum, also seit 2005, bleibt zunächst festzuhalten, dass das Preisniveau zuletzt im Oktober 2011 um 10,9 Prozent über dem durchschnittlichen Preisniveau des Jahres 2005 (= 100) lag.

Konkret bedeutet dies, dass ein Verbraucher für den vorgegebenen Warenkorb aktuell 10,9 Prozent mehr bezahlen muss als im Jahr 2005.

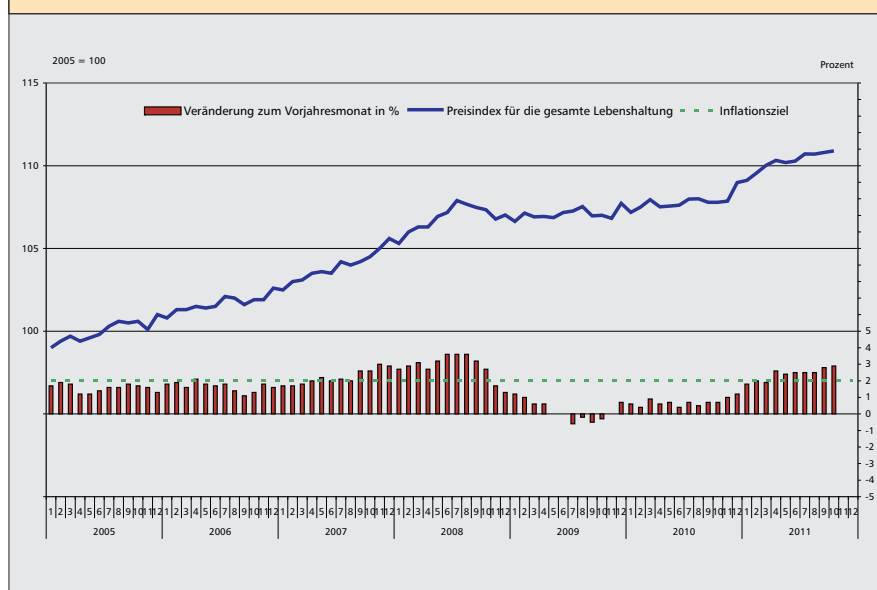
Der Indexverlauf im betrachteten Zeitraum ist von einem signifikanten Gipfel Mitte 2008 geprägt. Während

sich die Inflationsrate bis zur Jahresmitte 2007 meist in einem Bereich zwischen einem und zwei Prozent bewegte, nach Definition der EZB also in einem inflationsunkritischen Bereich, kam es im Spätsommer 2007 zu einem signifikanten Anstieg.

In den Sommermonaten Juni, Juli und August 2008 gipfelte die Entwicklung im Saarland mit Inflationsraten von jeweils 3,6 Prozent, den höchsten Werten seit 15 Jahren, bevor dann im September eine Phase der Entspannung eintrat. Die Inflationsraten verringerten sich in den Folgemonaten kontinuierlich und nahmen im Jahr 2009 sogar mehrfach negative Werte an. Diese waren allerdings Ausdruck eines so genannten Basiseffektes, der auf den Vergleich mit den extrem hohen Vorjahresvergleichswerten zurückzuführen ist.

Der Verbraucherpreisindex selbst fand lediglich den Weg auf seinen "normalen" Wachstumspfad zurück.

S 2 Verbraucherpreisentwicklung im Saarland seit Januar 2005



Nach einem moderaten weiteren Verlauf bis ins Jahr 2011 hinein verließen die Veränderungsraten im April 2011 wieder den unkritischen Korridor und indizieren mit einem Wert von zuletzt 2,9 Prozent eine Verletzung des gesamtwirtschaftlichen Ziels der Preisniveaustabilität.

Entwicklung der Rohölpreise beeinflusst Verbraucherpreisentwicklung maßgeblich

Was waren die Ursachen für diese Entwicklung? Als "Gesamttaggregat" spiegelt der Verbraucherpreisindex eine Vielzahl von Entwicklungen wider, die sich teilweise gegenseitig kompensieren, und entsprechend ihrem Gewicht Einfluss nehmen. In der Zeit des drastischen Inflationsanstieges ab Mitte 2007 waren zwei Kräfte im Spiel, die in die gleiche Richtung wirkten: Einerseits wurde eine sprunghafte Verteuerung im Bereich spezieller Nahrungsmittel wie Milch und Butter sowie deren Substitute beobachtet. Während diese Produkte aufgrund ihres Indexgewichtes noch relativ wenig Einfluss auf den Gesamtwert zeigten, schlug sich der nahezu gleichzeitig einsetzende Anstieg der Energiepreise, allen voran der von Mineralölprodukten, sehr deutlich nieder. An den Rohölmärkten waren die Preise bis Anfang Juli 2008 auf knapp 150 US-Dollar je Barrel gestiegen – binnen Jahresfrist entsprach dies einer Verdoppelung. Erst die weltweite Finanzkrise und die damit einhergehenden Rezessionsängste setzten dem Spuk ein Ende und schickten die Preise in den darauf folgenden Wochen und Monaten auf Talfahrt: Bereits Ende November 2008 notierten die Rohölpreise mit rund 50 Dollar wieder auf dem Niveau vom Frühjahr des Jahres 2007.

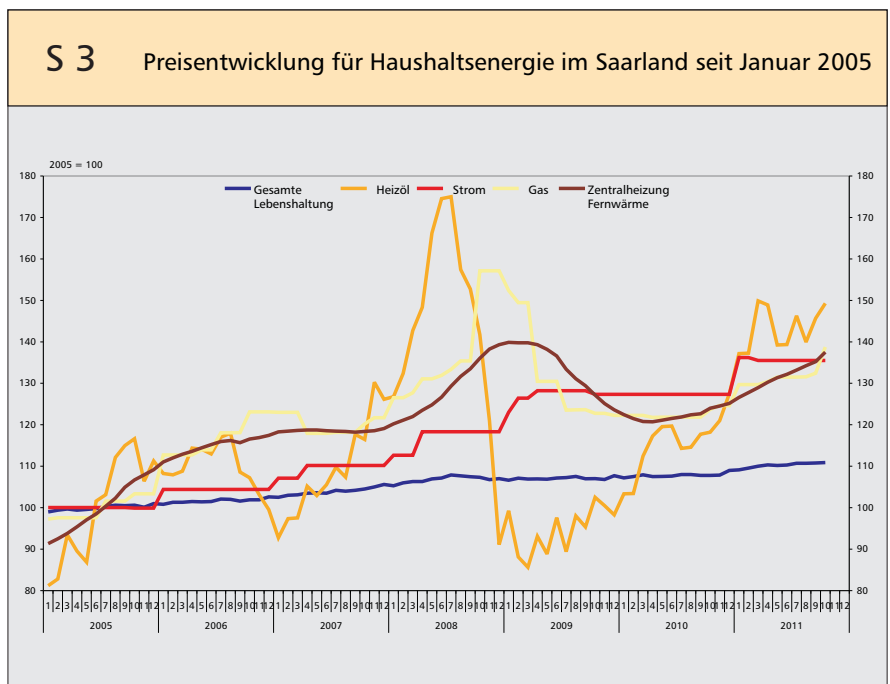
Ihren Tiefpunkt erreichten die Notierungen zum Jahreswechsel 2008/2009 mit Preisen unter 40 Dollar. Anschließend zogen die Preise allerdings wieder recht kontinuierlich an, um sich bis Ende 2009 zu verdoppeln. Ende April 2011 wurde ein weiteres Zwischenhoch mit 125 Dollar je Barrel der Sorte UK Brent erreicht, das aktuelle Niveau bewegt sich bei 110 Dollar.

Im Zusammenspiel mit dem Dollarkurs schlugen sich Änderungen der Rohölnotierungen direkt in den Konsumentenpreisen für Heizöl, Kraftstoffe und andere Mineralölprodukte nieder. Indirekt und mit gewissen zeitlichen Verzögerungen nehmen sie je nach Faktorintensität im Herstellungs- oder Bereitstellungsprozess aber auch Einfluss auf die Preisentwicklung einer Vielzahl anderer Produkte und Dienstleistungen. Sehr preisreagibel sind auch Substitute wie beispielsweise Gas als Haushaltsenergie, dessen Preisentwicklung

vielfach noch an die Entwicklung der Ölpreise gekoppelt ist und dieser mit zeitlicher Verzögerung folgt. Das nachstehende Diagramm bildet die Entwicklung der Preise für Haushaltsenergie im Saarland ab, wobei auch deutlich der time-lag in der Entwicklung von Heizöl- und Gaspreisen zu erkennen ist.

Auffallend ist hierbei die extreme Bandbreite der Heizölpreise, denen die Gaspreise jedoch nur in abgeschwächter Form sowohl nach oben als auch nach unten folgen. Die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme passen sich der Entwicklung der Gaspreise in geglätteter Form an.

Innerhalb des gesamten Lebenshaltungsindex hat die Haushaltsenergie einen Anteil von 6 Prozent. Entsprechend werden die Auswirkungen der hier dargestellten extremen Preisschwankungen auf den Gesamtindex relativiert. Während der Index für Haushaltsenergie insgesamt im Ok-



tober einen Stand von 138,4 erreicht hatte, Haushaltsenergie also im Durchschnitt 38,4 Prozent mehr kostete als im Jahresdurchschnitt 2005 (=100), haben sich die Lebenshaltungskosten insgesamt betrachtet um "nur" 10,9 Prozent erhöht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie die Entwicklung ohne die Bereiche Haushaltsenergie und Kraftstoffe, also ohne die in relativ direkter Weise von der Entwicklung der Rohölpreise abhängigen Produkte entwickelt hätte.

Das Ergebnis dieser Sonderrechnung wird in dem Diagramm (S 4) abgebildet. Die Kurve des entsprechend gekürzten Indexes verläuft abgesehen vom Basisjahr erwartungsgemäß unterhalb des Gesamtindex. Für den letzten Beobachtungsmonat Oktober 2011 errechnet sich mit einem bereinigten Indexstand von 108,3 eine Differenz von 2,6 Punkten zum Gesamtindexstand von 110,9.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass durch diese Berechnung die Energiepreiseinflüsse nur teilweise eliminiert wurden. Letztendlich gehen Energiekosten in die Kalkulation fast aller für den Konsum bestimmten Waren und Dienstleistungen ein und haben somit Einfluss auf die Preisgestaltung.

Tankstellenpreise von dominierendem Einfluss

Zurück zur eingangs gestellten Frage nach der Belastung der Autofahrer. Wie bereits erwähnt, sind bei den Aufwendungen rund um den Betrieb von Kraftfahrzeugen die Kraftstoffe mit einem Ausgabenanteil von 29 Prozent von hoher Bedeutung. Dies lässt bereits erwarten, dass sich die Preise für die individuelle Mobilität überdurchschnittlich entwickelt haben. Im Diagramm (S 5), das den Kraftfahrerpreisindex neben dem Verbraucherpreisindex und dem Index für Kraftstoffe darstellt, zeigt sich dies in aller Deutlichkeit.

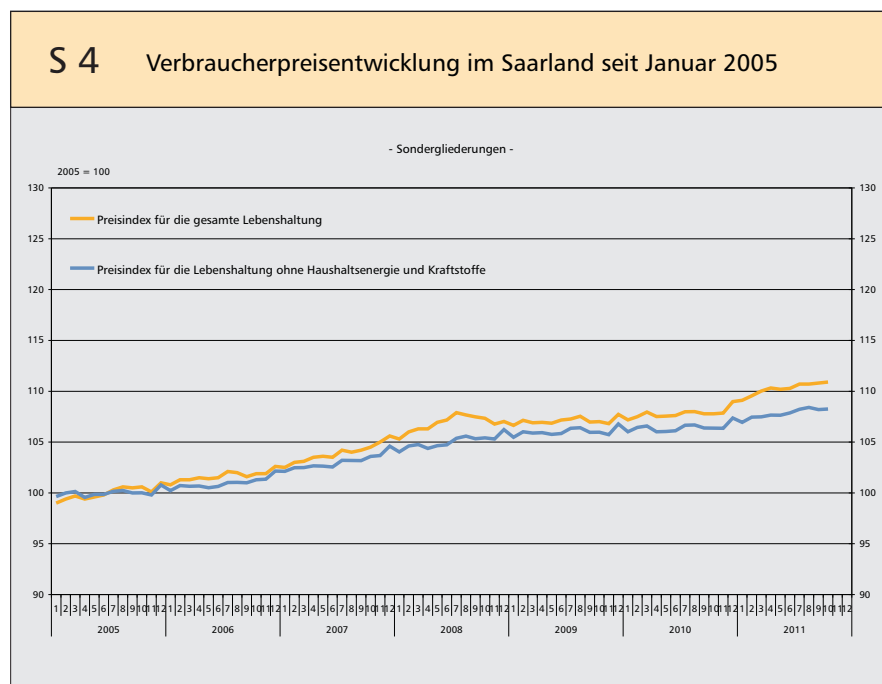
Der Einfluss der Kraftstoffpreise auf den Kraftfahrerindex lässt sich optisch sehr gut erkennen. Selbst am Verlauf des Gesamtindex erkennt man die Auswirkungen, wobei hier aber auch die mit den Kraftstoffpreisen stark korrelierenden Heizölpreise hinzukommen. Kraftstoffe haben am Gesamtindex einen Anteil von 3,5 Prozent, Heizöl von rund 1 Prozent.

Auch Kfz-Versicherungen treiben Kosten nach oben

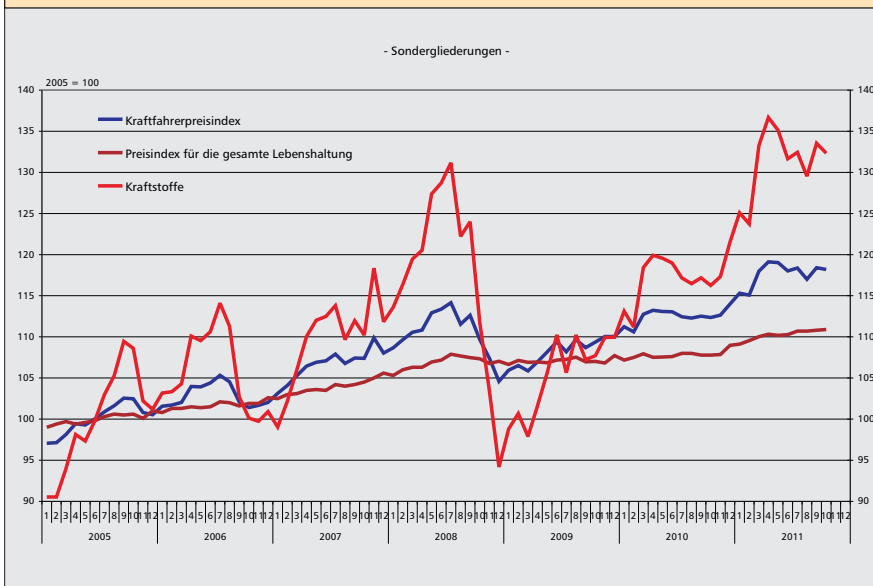
Obwohl sie in der Wahrnehmung der Autofahrenden Bevölkerung eine herausragende Rolle spielen, sind die Kraftstoffe beileibe nicht die einzigen Preistreiber. Überdurchschnittliche Preisverläufe wurden vor allem auch bei den Versicherern festgestellt. Signifikant sind zwei Niveausprünge Ende 2006 und im Herbst 2009 (S 6). Von Anfang bis Mitte 2011 kam es ebenfalls zu einem deutlichen Preisanstieg, der dann jedoch nach unten korrigiert wurde. Nach einem Höchststand von 129,4 im Juli ging der Teilindex für Kfz-Versicherungen bis Oktober 2011 wieder auf einen Stand von 121,8 zurück.

Bei einer weiteren Position wurden ebenfalls überdurchschnittliche Preissteigerungen gemessen: Und zwar lagen die Werkstattpreise für Reparaturen, Inspektionen und Wagenwäsche im Oktober 2011 um durchschnittlich 18,9 Prozent über dem Niveau des Jahres 2005.

Die Preise für Ersatzteile, Zubehör und Pflegemittel wiesen in den letzten beiden Jahren relativ starke Schwankungen auf, orientierten sich jedoch am Niveau des Gesamtlebenshaltungsindex. Angesichts eines Gewichts von 30 Prozent am Kraft-



S 5 Verbraucherpreisentwicklung im Saarland seit Januar 2005



fahrerindex (3,6 Prozent am Gesamtindex) dominierend sind jedoch Kosten für den Kauf von Kraftwagen. Hier verlief die Preisentwicklung sehr moderat und ab März 2008 durchgängig günstiger als die gesamte Lebenshaltung. Im Oktober 2011 lag der entsprechende Teilindex mit einem Wert von 107,6 um 3,3 Punkte

unterhalb des Gesamtindex. Dabei haben sich die Preise für vergleichbare Neuwagen seit 2005 lediglich um 7,4 Prozent erhöht, während die Gebrauchtwagen nach einer zwischenzeitlichen Flaute im Oktober 2011 wieder 8,9 Prozent mehr kosteten als vergleichbare Fahrzeuge im Jahr 2005.

Was noch bleibt, ist die Kfz-Steuer. Hier lag die durchschnittliche Belastung im Oktober 2011 um lediglich 2,0 Prozent über dem Niveau des Basisjahres 2005. Somit trägt sie am wenigsten zur zusätzlichen Belastung der Automobilisten bei.

Im Ergebnis lag der Kraftfahrerpreisindex im Oktober 2011 mit einem Wert von 118,2 um 7,3 Punkte oberhalb des Verbraucherpreisindex. Werte unterhalb des Indexes für die gesamte Lebenshaltung beschränken sich auf wenige Zeiträume, in denen es zu kräftigen Kraftstoffpreissenkungen kam, so etwa im Herbst 2006 oder im Winter 2008/2009.

Alternativen kaum billiger

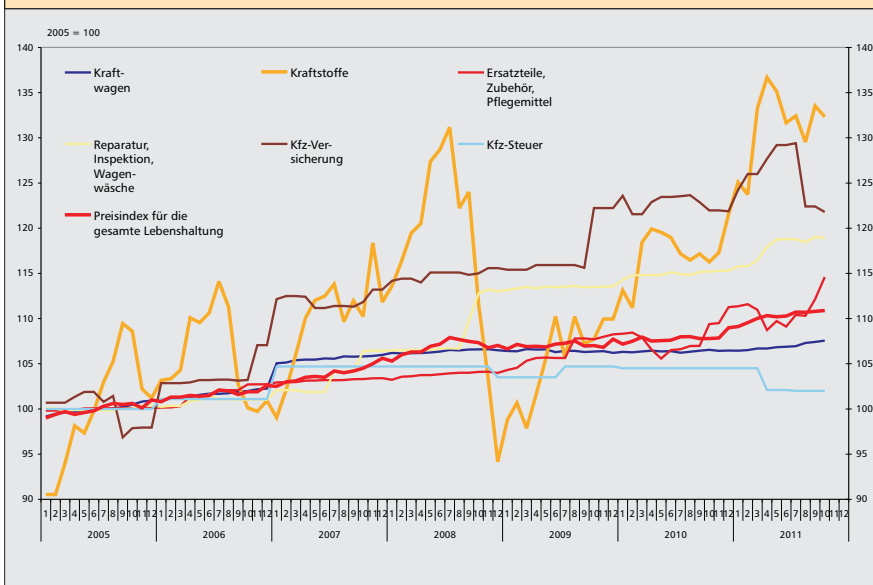
Angesichts dieser Ergebnisse stellt sich die Frage, ob die Preisentwicklung bei den Alternativen zum motorisierten Individualverkehr günstiger verlaufen ist.

Ein Blick auf die Indexstände der einschlägigen Dienstleistungen wirkt ernüchternd.

Die Preise für die Personenbeförderung im Saarland lagen im Oktober 2011 im Durchschnitt um 27,4 Prozent über den Preisen des Basisjahres 2005! Im Einzelnen stiegen die Preise im Schienenverkehr um 19,7 Prozent, im Luftverkehr um 43,1 Prozent und kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen (kombinierte Fahrausweise in Verkehrsverbänden, Tarif- und Verkehrsgemeinschaften) wurden um 31,0 Prozent teurer. Lediglich die Personenbeförderung im Straßenverkehr blieb mit einem Anstieg von durchschnittlich 16,8 Prozent unterhalb der mit dem Kraftfahrerpreisindex nachgewiesenen Verteuerung.

(Autor: Wolfgang Backes)

S 6 Entwicklung ausgewählter Komponenten des Kraftfahrerpreisindex im Saarland seit Januar 2005



Kinder im Saarland 2010



Von Dagmar Ertl

Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für Kinder hat zugenommen. Zum einen gibt es immer weniger Kinder. So ist die Zahl der Minderjährigen im Saarland in den vergangenen zehn Jahren um über 20 Prozent zurückgegangen und wird auch künftig weiter sinken. Eine Trendwende ist nicht zu erkennen. Das zeigt die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung¹⁾ für das Saarland. Zum anderen ist die Erziehung von Kindern nicht mehr reine Privatsache. Die Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern wird von Familien und Öffentlichkeit gemeinsam getragen. Wie leben Kinder heute? In welchem familiären Umfeld werden sie groß? Wie werden sie ausgebildet? In welchen materiellen Verhältnissen leben sie? Diese Fragen bestimmen weitgehend die Entwicklung von Kindern und damit auch die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Die Lebenssituation von Kindern im Saarland steht im Mittelpunkt dieses Beitrags. Anhand aktueller Daten wird die Entwicklung ihrer Lebenssituation in den letzten zehn Jahren im Saarland betrachtet und mit der Situation auf Bundesebene verglichen. Grundlage sind in erster Linie die Ergebnisse des Mikrozensus. Zudem werden einige andere Quellen der amtlichen Statistik genutzt, die Aufschluss über die Lebensbedingungen von Kindern im Saarland geben, wie Statistiken zur Bevölkerungsentwicklung, zur Kinderbetreuung und zur Bildung sowie zur Grundsicherung nach SGB II der Bundesagentur für Arbeit.

Kinderarmes Saarland – Zahlen der Minderjährigen und demografische Entwicklung

Immer weniger minderjährige Kinder

Am Ende des Jahres 2010 lebten im Saarland rund 153 000 Kinder unter 18 Jahren. Die Zahl der Minderjährigen hat in den vergangenen zehn Jahren stark abgenommen. Zwischen den Jahren 2000 und 2010 ist die Zahl der unter 18-Jährigen um knapp 39 000 oder 20 Prozent gesunken. Entsprechend ging auch der Kinderanteil an der Bevölkerung zurück. Zur Jahrtausendwende war noch jeder sechste Einwohner (18 %) jünger als 18 Jahre. Derzeit ist es jeder Siebte (15 %). Im Jahr 2060 wird es nur noch jeder Achte sein (13 %). Zu diesem Ergebnis

kommt die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für das Saarland.

Der Rückgang der Kinderzahl ist Teil des demografischen Wandels. Die Bevölkerung altert zunehmend. Es gibt immer weniger junge und mehr alte Menschen. Gleichzeitig nimmt die Bevölkerungszahl immer weiter ab. Dieser Prozess ist im Saarland bereits weiter fortgeschritten als im übrigen Bundesgebiet. So lag der Anteil der minderjährigen Kinder an der Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2010 bei 17 Prozent. Einen vergleichbaren Kinderanteil hatte das Saarland bereits im Jahr 2005. Der Anteil der Minderjährigen ist hier mittlerweile auf 15 Prozent im Jahr 2010 gesunken.

Fortgeschrittener demografischer Wandel

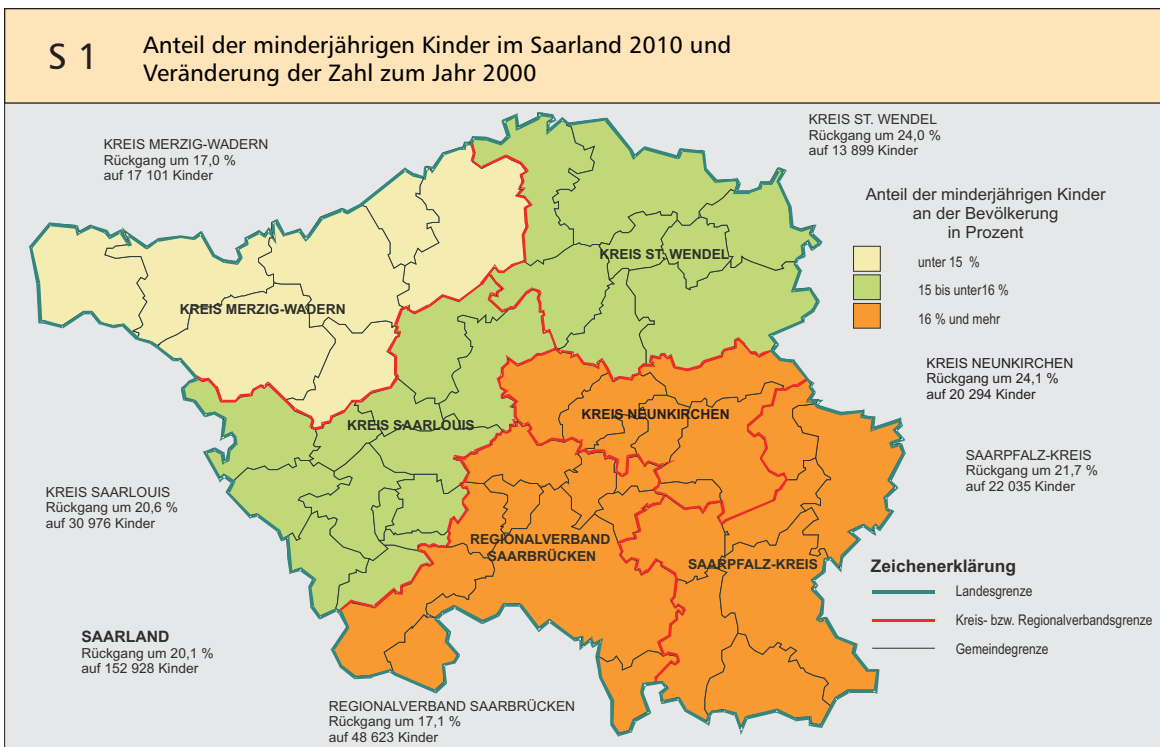
¹⁾ Vgl. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für das Saarland (Variante W1).

**Stark rückläufige
Geburtenzahlen**

Ursache für die rückläufigen Kinderzahlen ist vor allem der Rückgang der Geburtenzahlen. Bereits seit Mitte der 1970er Jahre werden im Saarland relativ wenige Kinder geboren. Seit Beginn der 1990er Jahre ist die Zahl der Geburten weiter rückläufig. So kamen im Jahr 2010 knapp 7 100 Kinder zur Welt. Das waren fast 40 Prozent weniger als 1990 und 20 Prozent weniger als im Jahr 2000. Die starke Abnahme der Geburtenzahlen wird durch zwei Faktoren beeinflusst: Hauptursache ist die seit mehr als drei Jahrzehnten niedrige Geburtenziffer. Die Zahl der durchschnittlich geborenen Kinder bewegt sich im Saarland seitdem zwischen 1,2 und 1,4 Kindern pro Frau. Die Geburtenhäufigkeit liegt damit weit unter dem Niveau von 2,1 Kindern pro Frau, das notwendig wäre, um eine Elterngeneration vollständig zu ersetzen. Zudem hat die bereits seit Jahrzehnten niedrige durchschnittliche Geburtenzahl pro Frau zur Folge, dass sich mit jeder Generation die Zahl der jungen Frauen verringert und damit die potentielle

Mütterzahl kleiner wird. So haben die geburtenstarken Jahrgänge bereits ein Alter erreicht, in dem sie kaum noch Babys bekommen können. Es rücken kleinere Jahrgänge nach. Der aktuelle Geburtenrückgang wird also verursacht durch die niedrige Geburtenhäufigkeit pro Frau und die rückläufige Zahlen potentieller Eltern.

Die Zahl der minderjährigen Kinder nahm in den letzten zehn Jahren in den Landkreisen und im Regionalverband nicht gleichmäßig ab. Die stärksten Rückgänge verzeichneten die Kreise Neunkirchen und St. Wendel mit jeweils minus 24 Prozent. Im Mittelfeld lagen der Saarpfalz-Kreis mit einer Abnahme um 22 Prozent und der Kreis Saarlouis mit einem Minus von 21 Prozent. Den geringsten Rückgang bei den unter 18-Jährigen gab es im Regionalverband Saarbrücken und im Kreis Merzig-Wadern mit jeweils minus 17 Prozent.



Kinder und Familienstrukturen

Kinder leben
mehrheitlich
bei ihren
verheirateten
Eltern

Im Jahr 2010 lebten im Saarland 116 000 Kinder bei ihren verheirateten Eltern. Damit wuchsen gut drei Viertel (76 %) aller Minderjährigen in traditionellen Familien auf. 18 Prozent bzw. 27 000 Kinder unter 18 Jahren wohnten mit nur einem Elternteil zusammen. Davon lebten 91 Prozent bei der Mutter. 7 Prozent oder 9 000 Kinder wuchsen bei Paaren ohne Trauschein auf. Bei den Eltern wird hier nicht unterschieden, ob es sich um leibliche Eltern oder um Stief-, Pflege- oder Adoptiveltern handelt.

Jedes sechste Kind
lebt bei
Alleinerziehenden
- Tendenz
steigend

Auf den ersten Blick unterscheidet sich die Lebenssituation der saarländischen Kinder kaum von der in Deutschland insgesamt. Allerdings gibt es im Bundesgebiet deutliche Ost-West-Unterschiede. Daher wird die Lebenssituation saarländischer Kinder mit den westdeutschen Bundesländern verglichen. Auffallend ist hier der höhere Anteil von Kindern bei Alleinerziehenden. Mehr als jedes sechste saarländische Kind (18 %) wohnte 2010 mit nur einem Elternteil zu-

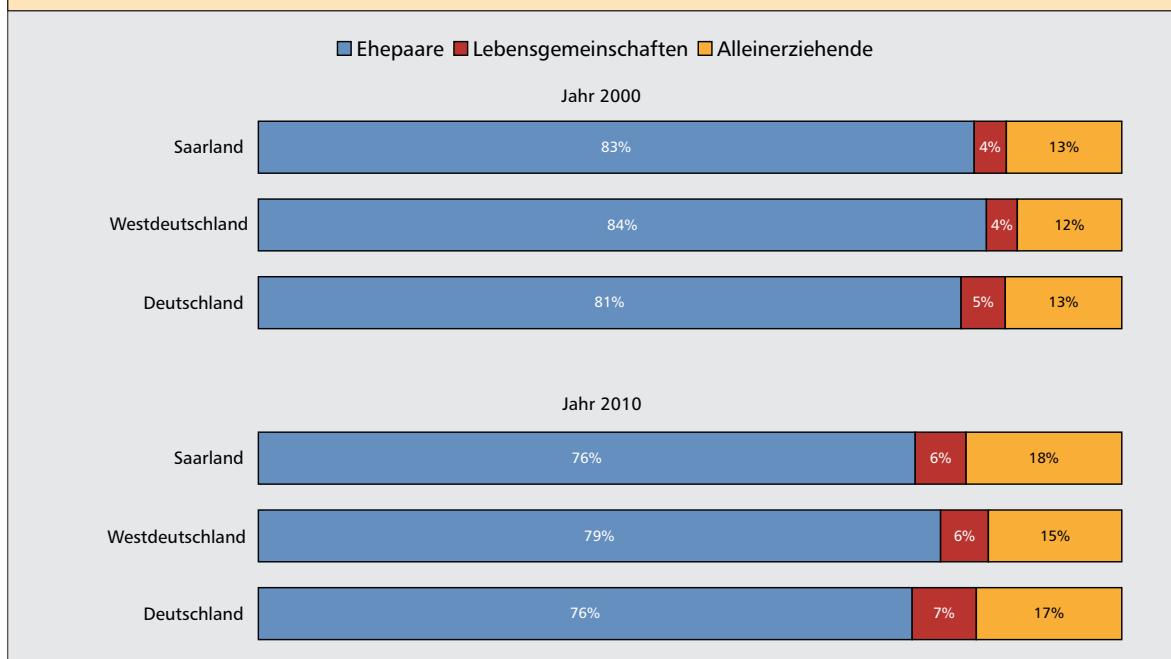
i Familienstrukturen im Mikrozensus

Der Mikrozensus ist die größte Haushaltsbefragung, die seit 1957 jedes Jahr bei einem Prozent aller Haushalte in Deutschland durchgeführt wird. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Kinder in Familien am Hauptwohnsitz.

Die befragten Personen geben Auskunft über die Situation in ihrem Haushalt. Beziehungsgefüge, wie Eltern-Kind-Gefüge oder Partnerschaften, die über die „eigenen vier Wände“ hinausgehen, können nicht dargestellt werden.

Zu den Kindern zählen im Mikrozensus alle ledigen Personen, die ohne Lebenspartner/in und ohne eigene Kinder mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammenleben. Darunter fallen auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder. Aus familien- und sozialpolitischer Perspektive ist die Lebenssituation von Kindern unter 18 Jahren besonders interessant, daher werden in diesem Beitrag vorrangig Daten über minderjährige Kinder dargestellt. Die volljährigen Kinder in Privathaushalten sowie Kinder in Gemeinschaftsunterkünften bleiben unberücksichtigt.

S 2 Minderjährige Kinder nach Familienform im Jahr 2000 und 2010



sammen, von den westdeutschen Kindern war es nur jedes siebte (15 %).

In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Familienstrukturen im Saarland deutlich verändert. Zugenommen hat insbesondere die Bedeutung der Familien mit alleinerziehendem Elternteil. Der Anteil der Kinder mit nur einem Elternteil ist von 13 Prozent auf 18 Prozent gestiegen. Mehr als acht von zehn Minderjährigen (83 %) lebte damals in traditionellen Familien, bis 2010 ist dieser Anteil auf 76 Prozent gesunken.

Fast jedes dritte Kind lebt als Einzelkind

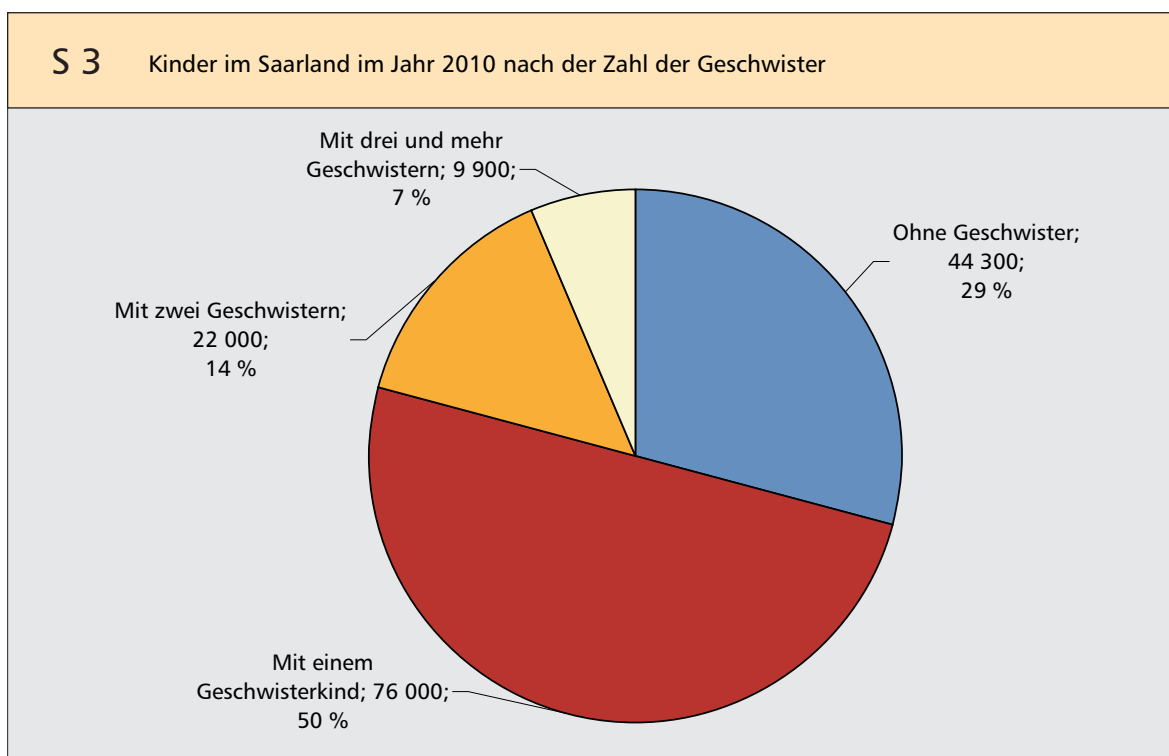
Im Jahr 2010 wohnten sieben von zehn minderjährigen Kindern im Saarland mit Geschwistern in einem Haushalt zusammen. 29 Prozent lebten ohne Geschwister. Im Vergleich zur Situation im Jahr 2000 gab es hier kaum Veränderungen. Auch damals lebten knapp drei von zehn Kindern (29 %) als Einzelkinder. Die Hälfte aller Kinder (50

Prozent) hatte 2010 ein minderjähriges oder volljähriges Geschwisterkind. 14 Prozent hatten zwei und 7 Prozent sogar 3 und mehr Geschwister. Als Geschwister zählen auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder²⁾.

Viele Kinder im Saarland wachsen in Familien auf, in denen ein Elternteil oder beide nicht in Deutschland geboren sind oder eine andere Staatsbürgerschaft besitzen. Im Jahr 2010 lebten im Saarland 29 Prozent oder 152 000 Kinder in Familien mit Migrationshintergrund. In großen Städten ist dieser Anteil meist größer als in Gemeinden mit kleiner Einwohnerzahl. So wuchsen in Saarbrücken vier von zehn Kindern (40 %) in Familien mit Migrationshintergrund auf. In Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern stammten 36 Prozent der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund und in Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern waren es 20 Prozent.

29 Prozent der Kinder stammen aus Familien mit Migrationshintergrund

²⁾ Die Ergebnisse des Mikrozensus beziehen sich auf die aktuelle Geschwisterzahl im Haushalt, in dem die Kinder leben. Kinder, die den Haushalt bereits verlassen haben, bleiben unberücksichtigt. Zudem können durch die Geburt weiterer Kinder noch Geschwister hinzukommen.



Kinder und die sozioökonomische Lage der Familien

Die Lebensbedingungen von Kindern sind unmittelbar von der sozioökonomischen Lage der Eltern abhängig. Die Frage nach Art und Umfang der Erwerbsbeteiligung ist für Familien von entscheidender Bedeutung. Gesicherte materielle Verhältnisse auf der einen Seite und Zeit für die Familie auf der anderen Seite, stellen für viele Eltern einen schwierigen Balanceakt dar. Die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben ist insbesondere für Alleinerziehende eine große Herausforderung.

Bei der Hälfte der Minderjährigen arbeiten beide Eltern

Im Jahr 2010 waren im Saarland bei nahezu der Hälfte aller minderjährigen Kinder (49 %) in Paarfamilien beide Elternteile erwerbstätig. Am häufigsten wurde von diesen Eltern das Arrangement – ein Elternteil arbeitet Vollzeit und ein Elternteil Teilzeit – gewählt (80 %). Bei nahezu jedem fünften Kind gingen beide Eltern einer Vollzeittätigkeit nach (18 %). Bei einem äußerst geringen Anteil der Kinder übten beide Eltern ihre Tätigkeit in Teilzeit aus.

Bei 43 Prozent der Kinder in Paarfamilien war nur ein Elternteil berufstätig und dies zu meist in Vollzeit (90 %). 8 Prozent aller Minderjährigen lebte in Paarfamilien, bei denen zum Berichtszeitpunkt keiner der Elternteile einer aktiven Erwerbstätigkeit nachging. Im Vergleich zur Situation vor zehn Jahren hat sich die Erwerbsbeteiligung der Eltern kaum verändert. Allerdings ist die Bedeutung der Teilzeit gestiegen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist bei kleineren Kindern oft nur schwer zu organisieren. Die Betreuung kleiner Kinder ist zeitaufwendig und ein Platz in der Krippe oder bei einer Tagesmutter schwer zu finden. Oft geben deshalb insbesondere die Mütter ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend auf. So arbeiteten lediglich bei 29 Prozent der Kinder unter drei Jahren beide Elternteile. Bei nahezu zwei Drittel der Krippenkinder (62 %) war nur ein Elternteil berufstätig. In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil von Kleinkindern mit zwei berufstätigen Eltern leicht angestiegen. Im Jahr 2000 arbeiteten bei 26 Prozent der Kinder unter drei Jahren Mutter und Vater.

Bei zwei Drittel aller Kinder unter drei Jahren arbeitet nur ein Elternteil

T1 Minderjährige Kinder in Paarfamilien im Saarland nach Erwerbsbeteiligung

Erwerbsbeteiligung der Elternteile	2000		2010	
	zusammen	darunter: Kinder unter 3 Jahren	zusammen	darunter: Kinder unter 3 Jahren
%				
Insgesamt	100	100	100	100
Beide Elternteile aktiv erwerbstätig	49,3	25,9	48,6	29,2
Nur ein Elternteil aktiv erwerbstätig	43,4	63,8	43,2	61,9
Kein Elternteil aktiv erwerbstätig	7,3	/	8,2	/
Beide Elternteile aktiv erwerbstätig	100	100	100	100
Ein Elternteil vollzeittätig und ein Elternteil teilzeittätig	74,5	/	79,8	/
Beide Elternteile vollzeittätig	24,0	/	18,2	/
Beide Elternteile teilzeittätig	/	/	/	/
Nur ein Elternteil aktiv erwerbstätig	100	100	100	100
Elternteil vollzeittätig	93,2	94,0	89,5	93,6
Elternteil teilzeittätig	/	/	10,5	/

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Für Alleinerziehende ist die Organisation von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung eine besondere Herausforderung. Bei 56 Prozent der minderjährigen Kinder, die bei einem Alleinerziehenden aufwachsen, war dieser 2010 berufstätig und zwar knapp zur Hälfte in Vollzeit (46 Prozent) und etwas mehr als die Hälfte in Teilzeit (54 Prozent).

Überwiegender Lebensunterhalt aus Transferleistungen – Kinder von Alleinerziehenden besonders betroffen

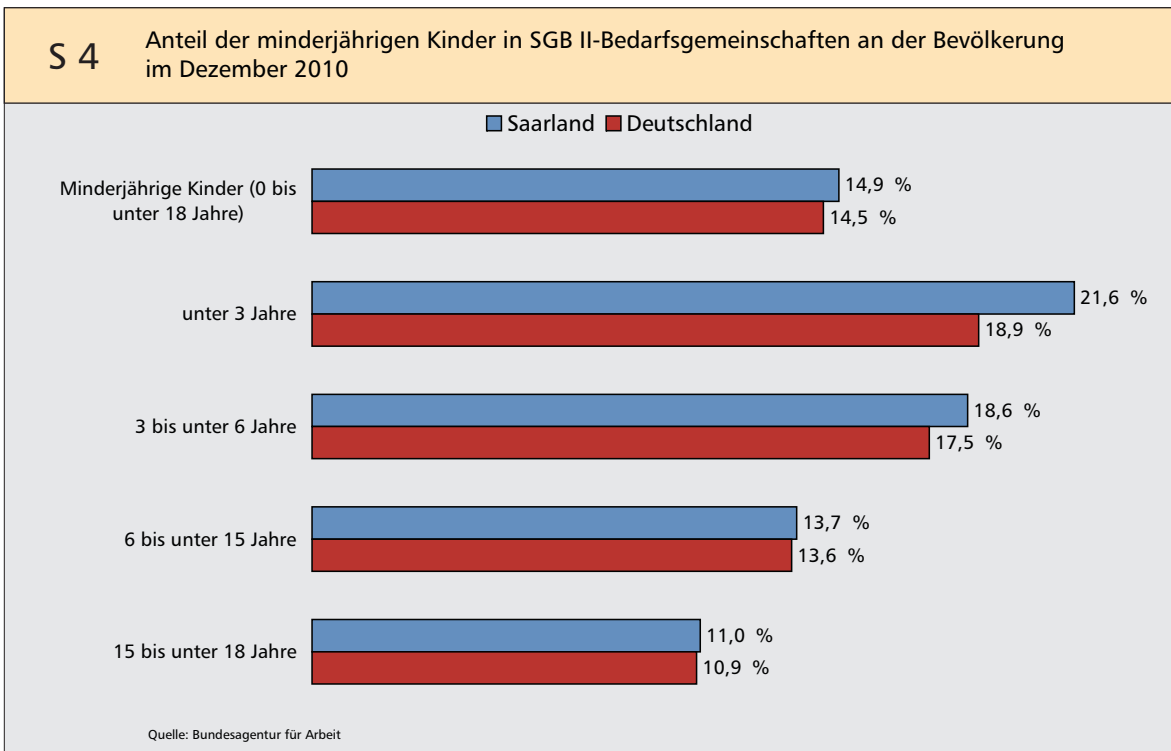
Die Erwerbstätigkeit ihrer Eltern ist für die meisten Kinder die Grundlage für ihren überwiegenden Lebensunterhalt. Das gilt sowohl für Kinder mit alleinerziehendem Elternteil als auch für Kinder in Paarfamilien. Dennoch sind alleinerziehende Eltern deutlich häufiger auf Transferzahlungen als Quelle für ihren überwiegenden Lebensunterhalt angewiesen. So lebten 35 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden im Jahr 2010 hauptsächlich von staatlichen Transferleistungen an die Eltern. Bei 54 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden war die Erwerbstätigkeit des Elternteils die Haupteinkommensquelle. Sonstige Einkünfte, wie Elterngeld oder Unterhalt von Angehörigen spielten als überwiegende Quelle für den

Lebensunterhalt von Kindern bei Alleinerziehenden nur eine geringe Rolle.

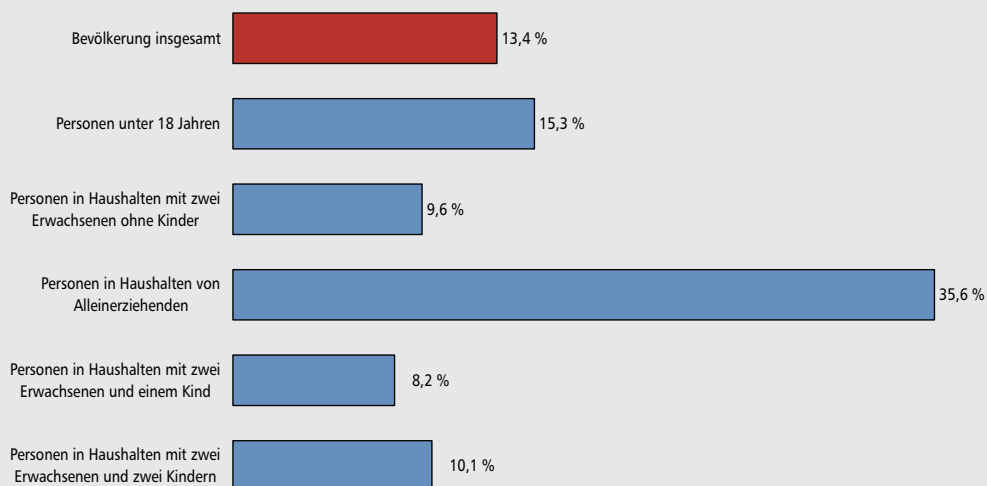
Kinder in Paarfamilien lebten in der Mehrzahl (95 %) von der Erwerbstätigkeit mindestens eines Elternteils als überwiegender Quelle für ihren Lebensunterhalt.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit gehörten im Dezember 2010 im Saarland 14,9 Prozent der minderjährigen Kinder einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft an. Zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes bezogen diese Kinder bzw. ihre Eltern zumindest als Ergänzung zu anderen Einkünften Leistungen nach SGB II. Im Saarland ist diese Quote etwas höher als im gesamten Bundesgebiet (14,5 %). Auffällig ist insbesondere, dass die Bezugsquote der jüngeren Kinder deutlich höher liegt als die der älteren Kinder. So waren 21,6 Prozent der unter 3-Jährigen und 18,6 Prozent der 3 bis unter 6-jährigen Kinder auf Leistungen nach SGB II angewiesen.

Jedes fünfte Kind unter 3 Jahren gehört einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft an



S 5 Armutsrisikoquoten im Saarland nach soziodemografischen Merkmalen 2010 in Prozent auf Basis des Landesmedians*



Quelle: Mikrozensus 2010

*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

1) Nichterwerbspersonen mit Bezug einer Rente oder Pension

2) Qualifikationsniveau der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt

Die Höhe des Einkommens der Eltern ist entscheidend dafür, ob Kinder armutsgefährdet sind. Mehr als jedes siebte Kind im Saarland war im Jahr 2010 von Armut bedroht. Das Armutsrisiko für Minderjährige ist damit weiterhin höher als das durchschnittliche Armutsrisiko im Saarland. Im Jahr 2010 waren etwa 15 Prozent der unter 18-Jährigen von Armut bedroht und 13 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern liegt damit etwas niedriger als im Jahr 2005 (17 %).

Kinder von Alleinerziehenden besonders armutsgefährdet

Kinder in Familien mit besonderen sozio-ökonomischen Belastungen sind stärker von Armut betroffen als andere Kinder. Das größte Armutsrisiko haben nach wie vor Kinder von Alleinerziehenden. So lag der Anteil armutsgefährdeter Personen in Haushalten von Alleinerziehenden im Jahr 2010 bei 36 Prozent (2005: 34 %). Die Armutsge-

fährdungsquote dieser Kinder und Erwachsenen ist damit mehr als dreimal so hoch wie bei Menschen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern (10 % in 2010 und 9 % in 2005). Ein höheres Armutsrisiko haben auch Kinder in ausländischen Familien, Kinder, deren Eltern SGB II-Leistungen beziehen oder die in einer Familie leben, in der niemand einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgeht sowie Kinder in Familien mit drei und mehr Kindern.³⁾

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) erreichen. Dieser Wert lag im Saarland bei 809 Euro für einen Single-Haushalt und bei 1 700 Euro für eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren. Grundlage dieser Ergebnisse sind Berechnungen des Mikrozensus für das Jahr 2010, die die statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Rahmen des

³⁾ Vgl. Thielebein, Christine; Engels, Dietrich (2011): „Studie zur Armut von Kindern und Jugendlichen im Saarland“, Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) Köln.

Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ erstellt haben.

Kinder und Teilhabe an Bildung

Die Lebenssituation von Kindern wird maßgeblich durch ihre Familie geprägt. Einen entscheidenden Beitrag für ihre Entwicklung leisten aber auch die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, die sie besuchen.

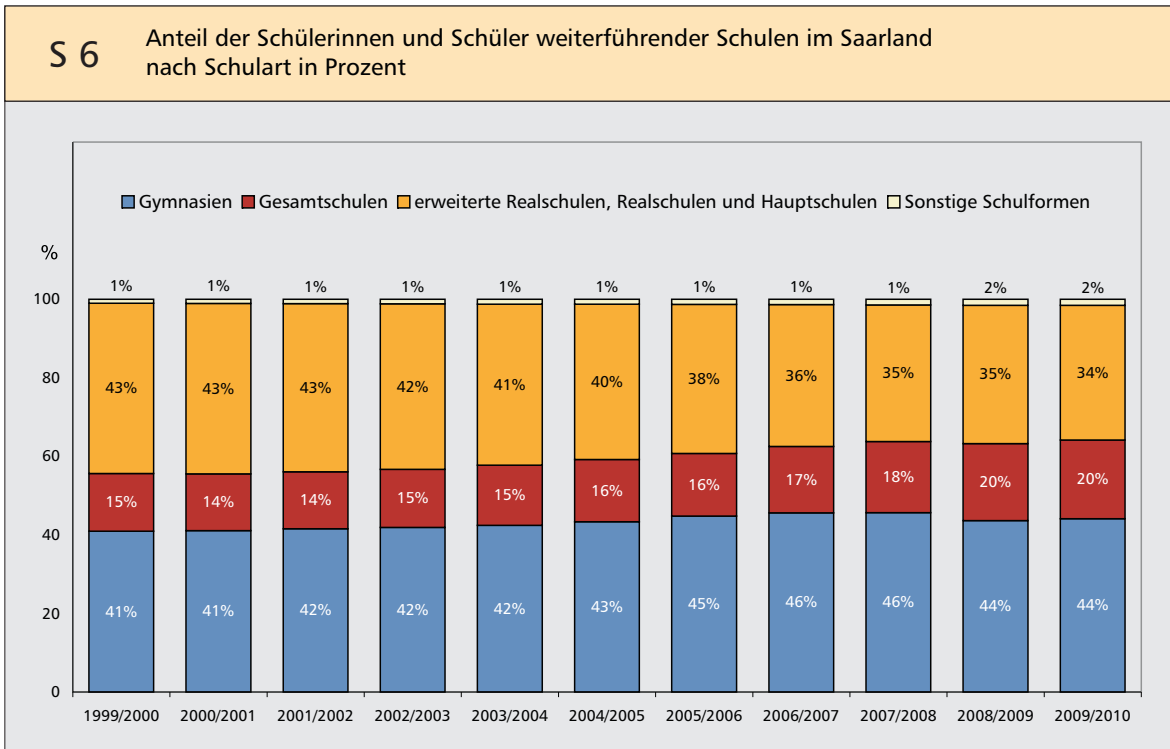
Die Betreuung von Kindern im Vorschulalter ist eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit. Daneben haben Kindertageseinrichtungen eine wichtige Funktion für die frühkindliche Bildung. Mit dem Kinderförderungsgesetz wird ab dem Jahr 2013 jedem Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung garantiert. Bis zu diesem Jahr sollen bundesweit 750 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stehen.

Am 1. März 2010, dem Stichtag der letzten Erhebung wurden allerdings bundesweit

gerade 472 000 Jungen und Mädchen unter drei Jahren in einer Kindertagesstätte oder von einer Tagesmutter betreut. Die Betreuungsquote lag bundesweit bei 23,1 Prozent. Im Saarland hatten zu diesem Zeitpunkt 3 794 Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz. Das entspricht einer Quote von knapp 18 Prozent. Die Mehrzahl dieser Kinder besuchte eine Kindertageseinrichtung (91 %). 9 Prozent der Jungen und Mädchen hatten einen Platz bei geförderten Betreuungspersonen der Kindertagespflege. Seit 2006 ist die Betreuungsquote um knapp 8 Prozentpunkte angestiegen. Trotz des Anstiegs sind die Betreuungsmöglichkeiten von Kindern unter 3 Jahren im Saarland weiterhin unterdurchschnittlich.

Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen bleibt unter dem Bundesschnitt

In der Altersgruppe der 3 bis unter 6-Jährigen besuchen deutlich mehr Jungen und Mädchen Kindertageseinrichtungen. Am 1. März 2010 wurden 94 Prozent der Kinder in diesem Alter in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege betreut. Nach der frühkindlichen Entwicklung be-



ginnt mit dem Schuleintritt ein neuer Abschnitt in der Bildungsbiographie der Kinder.

Knapp ein Drittel weniger Kinder an Grundschulen

Den größten Anteil der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen haben die Grundschulen. Im Schuljahr 2010/11 besuchten im Saarland rund 31 300 Kinder eine Grundschule. Im Vergleich zum Schuljahr 1999/2000 ist die Zahl der Grundschüler um 13 400 Schüler oder 30 Prozent zurückgegangen. Hier sind bereits deutlich die Folgen des demografischen Wandels im Saarland zu erkennen.

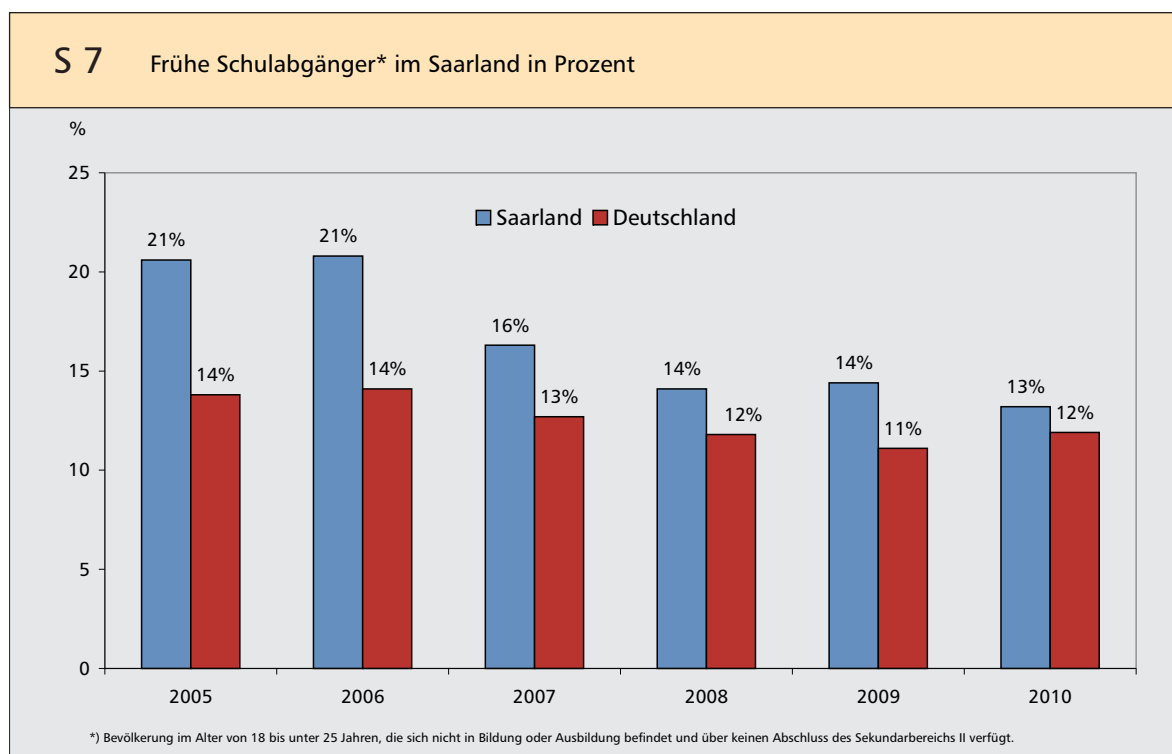
Trend zur Höherqualifizierung

Während die Grundschule noch von allen Kindern durchlaufen werden muss, richtet sich die weitere Schullaufbahn nach den schulischen Leistungen der Jungen und Mädchen und den Wünschen ihrer Eltern. Im Schuljahr 2009/10 besuchten im Saarland rund 61 700 Kinder und Jugendliche eine weiterführende Schule. Das waren 10 100 Schülerinnen und Schüler oder 14 Prozent weniger als zehn Jahre zuvor. Bei den weiterführenden Schulen zeigt sich der

Trend zur Höherqualifizierung und die Tendenz weg von traditionellen Schulformen der mittleren Bildung hin zur integrierten Gesamtschule. So wurden im vergangenen Schuljahr 44 Prozent aller Schülerinnen und Schüler an Gymnasien unterrichtet. Gegenüber dem Schuljahr 1999/2000 ist der Anteil dieser Schulform bis 2006/07 um knapp 5 Prozentpunkte gestiegen. Der leichte Rückgang danach hängt mit der flächendeckenden Einführung des G 8 zusammen.

Wachsende Beliebtheit von Gesamtschulen

Ungebrochen ist der Trend zur integrierten Gesamtschule. In den vergangenen Jahren stieg der Anteil dieser Schulart von knapp 15 Prozent im Schuljahr 1999/2000 auf fast 20 Prozent im Schuljahr 2009/2010. Trotz der Schulreform vor rund 10 Jahren hat die Attraktivität von Realschule, Hauptschule und der erweiterten Realschule nachgelassen. Haben im Schuljahr 1999/2000 noch 43 Prozent der Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen eine dieser Schulen besucht, waren es zehn Jahre später nur noch 34 Prozent. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler an erweiterten Realschulen



und der wenigen verbliebenen Haupt- und Realschulen ist damit um 9 Prozentpunkte gesunken.

Schulische und berufliche Bildung ist für junge Menschen die Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie beeinflusst aber auch die späteren Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe. Personen ohne Schulabschluss beziehungsweise ohne Berufsausbildung sind überproportional von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Besonders Jugendliche und junge Erwachsene haben Schwierigkeiten mit dem Einstieg in eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit, wenn sie nicht über eine entsprechende Qualifikation verfügen.

Angelehnt an einen Indikator der EU zur Messung der sozialen Eingliederung wird in der amtlichen Sozialberichterstattung der Anteil der „frühen Schulabgänger“ ermittelt. Dieser Indikator stellt den Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen an der Bevölkerung im entsprechenden Alter dar, der ohne beruflichen Abschluss und ohne (Fach-)Hochschulreife ist und sich zudem weder in schulischer oder beruflicher Ausbildung befindet.

Der Anteil der frühen Schulabgänger ist stark zurückgegangen

Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der frühen Schulabgänger im Saarland im Jahr 2005 mit 21 Prozent sehr hoch und deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag. In den vergangenen fünf Jahren vollzog sich hier eine positive Entwicklung. So ist der Anteil dieser gering qualifizierten Jugendlichen um 8 Prozentpunkte deutlich gesunken und lag im Jahr 2010 bei 13 Prozent.

Zusammenfassung und Ausblick

Wie leben Kinder im Saarland heute? Nach der Untersuchung zentraler Daten zur Lebenssituation minderjähriger Kinder lassen sich folgende Erkenntnisse zusammenfassen:

- Im Saarland leben immer weniger Kinder.
- Kinder wachsen hier zumeist bei ihren verheirateten Eltern auf, aber immer mehr Kinder leben bei Alleinerziehenden.
- Bei nahezu der Hälfte aller Kinder in Paarfamilien im Saarland arbeiten beide Eltern und mehr als die Hälfte aller Kinder von Alleinerziehenden haben Eltern, die erwerbstätig sind.
- Dennoch sind hier Kinder von Alleinerziehenden besonders armutsgefährdet.
- Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen ist deutschlandweit und im Saarland noch weit von den Zielvorstellungen der Bundesregierung entfernt.
- Die Beliebtheit von Gymnasien und integrierten Gesamtschulen im Saarland ist gewachsen.

Kinder sind für unsere Gesellschaft wertvoll und bestimmen unsere Zukunftsfähigkeit. In Deutschland und im Saarland gibt es immer weniger Kinder. Ihre Lebenschancen aktiv zu gestalten, ist immer mehr auch eine gesellschaftliche Aufgabe.

Nachhaltige Entwicklung in der Großregion "Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie"

Von Christiane Löh*

Die Forderung einer nachhaltigen Entwicklung beruht auf der Erkenntnis, dass das heutige Handeln die zukünftige Entwicklung entscheidend beeinflusst, und zugleich auch auf dem Versprechen an zukünftige Generationen, deren Entwicklungsfähigkeit durch das heutige Tun nicht einzuschränken. Der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ umfasst Wirtschaft, Umwelt und soziale Aspekte gleichermaßen – Ziel einer Nachhaltigkeitsstrategie ist es, in diesen Bereichen zukunftsorientierte Handlungsfelder zu gestalten, deren Entwicklung mit Hilfe aussagekräftiger Indikatoren aufgezeigt werden kann. Die Arbeitsgruppe „Statistik“ der Großregion hat in der Studie „Nachhaltige Entwicklung in der Großregion“ eine breite Palette sozialer, ökologischer und ökonomischer Indikatoren entwickelt und analysiert, aus denen in diesem Bericht ausgewählte Indikatoren vorgestellt werden. Diese Studie orientiert sich an der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (EU-SDS (Komm: 10917/06)) und dem von Eurostat (2009) veröffentlichten Monitoringreport zur nachhaltigen Entwicklung.

Nachhaltige Entwicklung

„Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass den **Bedürfnissen der heutigen Generation** dergestalt Rechnung getragen werden sollte, dass die **Fähigkeit künftiger Generationen**, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, nicht gefährdet wird“ (Europäische Kommission, 2006 (KOM 10917/06) S. 1).

Der aus der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie übernommene Drei-Säulen-Ansatz „Wirtschaftlicher Wohlstand – Umweltschutz – Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt“ erlaubt eine differenzierte Beschreibung der Abhängigkeiten des heutigen und zukünftigen Wohlergehens von den wirtschaftlichen Aktivitäten und den ökologischen Rahmenbedingungen.

* Christiane Löh ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Projekt "Analyse neuer harmonisierter statistischer Indikatoren für die Großregion: Ein thematischer Ansatz" im Rahmen des Programms INTERREG IV A "GROSSREGION", das von der Arbeitsgruppe der Statistischen Ämter in der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie bearbeitet wird.

! Die Großregion „Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie“

Die Großregion umfasst ein Gebiet von 65 400 km² mit über elf Millionen Einwohnern in einem industriell, aber auch ländlich geprägten Raum. Hier treffen verschiedene Kulturen und drei Landessprachen aufeinander. Die Großregion ist zugleich der europaweit größte grenzüberschreitende Arbeitsmarkt.

Die Schnittmengen zwischen Sprachräumen, nationalen Identitäten und wirtschaftlicher Attraktivität machen die Dynamik der Großregion aus. Ungeachtet dessen existiert eine starke Verbundenheit mit der Herkunftsregion, was sich in den beruflich bedingten und stark ausgeprägten Grenzgängerströmen niederschlägt. Auf der anderen Seite ist aber auch, gerade durch die Abhängigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, eine Vermischung von Sprachen und Kulturen festzustellen.

Die Großregion besteht aus den deutschen Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland, der belgischen Region Wallonien (mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens), der französischen Region Lothringen sowie – im Zentrum gelegen – dem Großherzogtum Luxemburg. Der in jüngster Vergangenheit vollzogene Strukturwandel, d. h. die fundamentalen Veränderungen in der Industriestruktur, insbesondere in den Bergbaurevieren und der Stahlindustrie, ist ein gemeinsames Merkmal dieses Grenzraums.

Auf Basis der Studie „Nachhaltige Entwicklung in der Großregion“, die insgesamt 30 Indikatoren betrachtet, werden im Folgenden zu jedem der drei Hauptziele jeweils zwei Indikatoren vorgestellt:

Hauptziel der Strategie für nachhaltige Entwicklung: Wirtschaftlicher Wohlstand

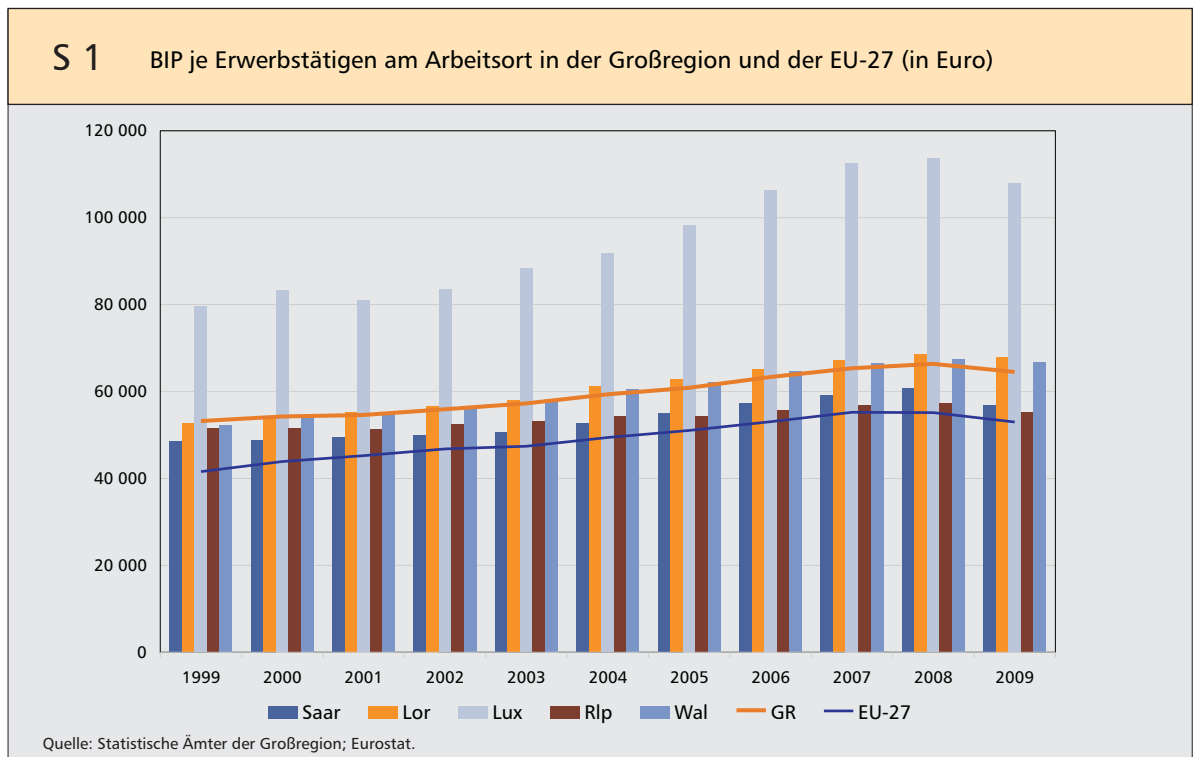
Die Wirtschaft ist ein wichtiges Element einer erfolgreichen Gesellschaft. Unter Wohlfahrtsgesichtspunkten ist eine steigende Wirtschaftsleistung erstrebenswert, da Wirtschaftswachstum Strukturwandel ermöglicht, Arbeitsplätze sichert und die Sozialsysteme (insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels) stabilisieren kann. Andererseits geht eine steigende Wirtschaftsleistung tendenziell mit Umweltbelastungen und mit einem steigenden Verbrauch natürlicher Ressourcen einher. Nachhaltiges Wirtschaften steht im Kontext

zu den sozialen Zielsetzungen und den Zielen des Umweltschutzes.

Indikator: Bruttoinlandsprodukt

Als zentrale Größe der Wirtschaftsstatistiken ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in einer Betrachtung der nachhaltigen Entwicklung unverzichtbar: Das BIP ist der wertmäßige Maßstab der gesamten im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistung. Es gilt als wichtigster Indikator für Konjunktur und Wachstum einer Volkswirtschaft, wurde jedoch nicht als allgemeines Wohlfahrtsmaß konzipiert.

Die Betrachtung des BIP je Erwerbstätigen nach dem Arbeitsortkonzept bietet die Möglichkeit, die Wirtschaftsleistung einer Region nach den dort eingesetzten Arbeitskräften zu beurteilen. Damit werden zugleich die unterschiedlich starken Grenzgängerströme zwischen den einzelnen Regionen berücksichtigt.



Bei dem Indikator „BIP je Erwerbstätigen“ steht Luxemburg unter den fünf Teilregionen an erster Stelle: Im Jahr 2009 lag hier die Arbeitsproduktivität bei 108 000 Euro. In den übrigen Teilgebieten erreichte diese Kennzahl Werte zwischen 55 300 Euro in Rheinland-Pfalz und 68 000 Euro in Lothringen. In der Großregion insgesamt lag der Indikator 2009 bei 64 500 Euro. Neben Rheinland-Pfalz liegt auch das Saarland mit 57 000 Euro unter dem Durchschnitt der Großregion; demgegenüber verzeichneten Lothringen und Wallonien mit 68 000 bzw. 66 700 Euro eine höhere Arbeitsproduktivität.

Auffallend ist, dass das BIP je Erwerbstätigen sowohl im Saarland als auch in Rheinland-Pfalz durchgängig seit 1999 – teilweise weit – unter dem Durchschnitt der Großregion liegt. Im Jahr 1999 betrug der Rückstand des Saarlandes 4 700 und der von Rheinland-Pfalz 1 600 Euro. Sechs Jahre später haben sich die Verhältnisse geändert: Rheinland-Pfalz liegt nun um 6 600

Euro und das Saarland um 5 800 Euro unter dem Schnitt der Großregion; bis 2009 hat sich der Abstand noch vergrößert (Rheinland-Pfalz: 9 200 Euro; Saarland: 7 600 Euro). Bezeichnend für Rheinland-Pfalz ist, dass bei der Arbeitsproduktivität der Rückstand gegenüber der Großregion zunimmt. Die übrigen Teilregionen registrierten – mit Ausnahme von Lothringen im Jahr 2000 und Wallonien in den Jahren 1999 bis 2000 – durchgängig Arbeitsproduktivitäten, die über dem Durchschnitt der Großregion lagen.

Indikator: Erwerbstätigenquote

Die Folgen des demografischen Wandels, weniger Beitragszahler, mehr Rentner und eine höhere Lebenserwartung, werden künftig zu einer stärkeren Belastung der sozialen Sicherungssysteme führen. Dies macht es erforderlich, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen, d. h. den Anteil der Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, zu erhöhen. Da-

bei steht nicht nur die generelle Erhöhung der Erwerbstätigenquote, sondern auch eine stärkere Erwerbsbeteiligung älterer Menschen im Mittelpunkt der Bemühungen.

Die Erwerbstätigenquote ist ein wesentlicher Strukturindikator der so genannten „Lissabon-Strategie“: So wurde im Jahr 2000 vom Europäischen Rat in Lissabon auf EU-Ebene das langfristige Ziel vereinbart, bis zum Jahr 2010 die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf 70 und die der Frauen auf 60 Prozent zu erhöhen.

Die Erwerbstätigenquote bezeichnet den prozentualen Anteil der erwerbstätigen Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe. Da die Erwerbstätigen nach diesem Konzept am Wohnort gezählt werden, bleiben die grenzüberschreitenden Pendlerströme außer Betracht.

Insgesamt zählt die Großregion rund 4,9 Millionen Erwerbstätige, wobei mehr Männer (55 %) als Frauen (45 %) im Erwerbsleben stehen¹⁾.

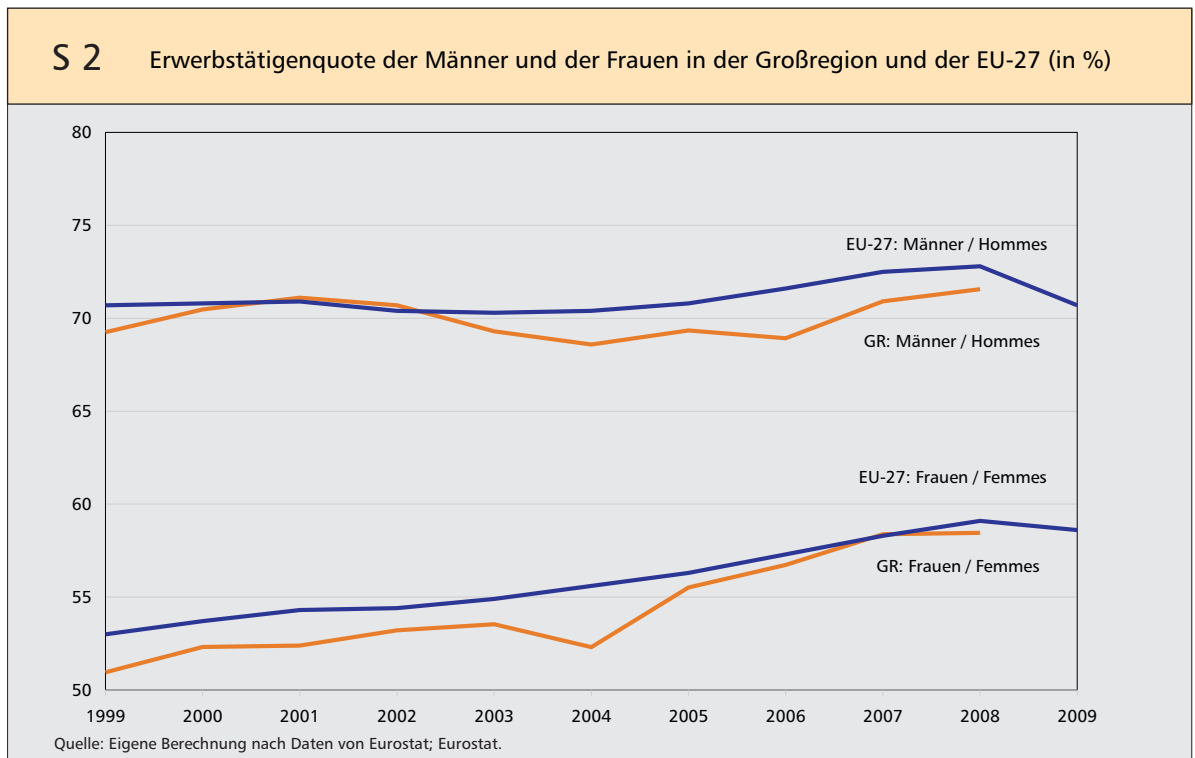
In der Großregion erreichte die Erwerbstätigenquote einen Wert von 65 Prozent; sie lag damit um 4,8 Prozentpunkte über dem Wert von 1999. Die durchschnittliche Erwerbstätigenquote der Männer lag bei 71,6 Prozent, die der Frauen bei 58,5 Prozent. Gegenüber 1999 ist sie damit um 2,3 bzw. 7,6 Prozentpunkte gestiegen. Die angestrebte Zielvorgabe der Lissabon-Strategie, bis zum Jahr 2010 die Erwerbstätigenquote insgesamt auf 70 Prozent und die der Frauen auf 60 Prozent zu erhöhen, wurde damit in der Großregion bislang nicht erreicht.

Die Erwerbstätigenquoten sind gegenüber 1999 in allen Teilgebieten gestiegen. In Rheinland-Pfalz war der Zuwachs mit 7,1 Prozentpunkten am höchsten, gefolgt vom Saarland mit 7,0 Prozentpunkten. Den

¹⁾ Die Zahl der Erwerbstätigen (am Wohnort) für die Jahre 2008 und 2009 lag für Lothringen zum Redaktionsschluss nicht vor, daher wird für die Großregion das Jahr 2007 als Vergleichsgröße herangezogen.

T1 Erwerbstätigenquote (15-64 Jahre) in der Großregion und der EU-27 (in %)												
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Saar		60,9	61,0	61,6	61,9	60,6	61,9	62,6	64,2	66,3	67,9	:
Lor		58,5	61,3	62,7	63,2	60,7	59,5	62,8	61,1	64,0	63,4	:
Lux	60,5	61,7	62,7	63,1	63,4	62,2	62,5	63,6	63,6	64,2	63,4	65,2
Rlp		65,0	66,0	66,4	67,0	66,8	64,9	67,4	69,1	71,3	72,1	:
Wal		54,8	56,0	55,4	54,9	55,4	55,0	56,1	56,1	57,0	57,2	:
DE	63,9	65,2	65,6	65,8	65,4	65,0	65,0	66,0	67,5	69,4	70,7	70,9
FR	60,2	60,9	62,1	62,8	63,0	64,0	63,8	63,7	63,7	64,3	64,9	64,1
BE	57,4	59,3	60,5	59,9	59,9	59,6	60,3	61,1	61,0	62,0	62,4	61,6
EU-27	61,2	61,8	62,2	62,6	62,4	62,6	63,0	63,5	64,5	65,4	65,9	64,6
GR		60,2	61,5	61,8	62,0	61,4	60,5	62,5	62,9	64,7	65,0	:

(b) Reihenunterbrechung.



niedrigsten Anstieg verzeichnete das Großherzogtum Luxemburg mit 1,7 Prozentpunkten. Von den fünf Teilregionen erfüllte 2008 nur Rheinland-Pfalz mit 72,1 Prozent das allgemeine Erwerbsquotenziel. In unmittelbarer Nähe lag noch das Saarland mit einer Quote von 67,9 Prozent. In Wallonien war die allgemeine Erwerbstätigenquote mit 57,2 Prozent am niedrigsten. Bei den Frauen erreichten sowohl Rheinland-Pfalz als auch das Saarland mit 65,8 bzw. 61,4 Prozent das für 2010 angestrebte Ziel. In den übrigen Teilregionen bewegte sich die Frauenquote zwischen 57,3 Prozent (Lothringen) und 50,4 Prozent (Wallonien).

Im Vergleich zu den 27 Staaten der Europäischen Union (EU-27) lag in der Großregion der Anteil der Männer an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Schnitt (1999 bis 2008) um 1,1 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Wert der EU-27. Bei den Frauen war der entsprechende Abstand zwischen der Großregion und der EU-27 etwas höher; er betrug 1,3 Prozentpunkte.

Hauptziel der Strategie für nachhaltige Entwicklung: Umweltschutz

Gemäß der EU-Nachhaltigkeitsstrategie wird Umweltschutz wie folgt beschrieben: „Bewahrung der Fähigkeit der Erde, das Leben in all seiner Vielfalt zu beherbergen; Achtung der Grenzen ihrer natürlichen Ressourcen und Gewährleistung eines hohen Maßes an Umweltschutz und an Verbesserung der Umweltqualität; Vermeidung und Verringerung der Umweltverschmutzung sowie Förderung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster, um Wirtschaftswachstum und Umweltbeeinträchtigungen voneinander zu entkoppeln.“ (EU-SDS, 2006, S.3)

In methodischer Hinsicht muss angemerkt werden, dass die statistische Darstellung von Umweltaspekten in den hier untersuchten Regionen (bzw. Staaten) uneinheitlich ist. Im Rahmen der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie sind vielerlei Indikatoren in den europäischen Staaten auf nationaler

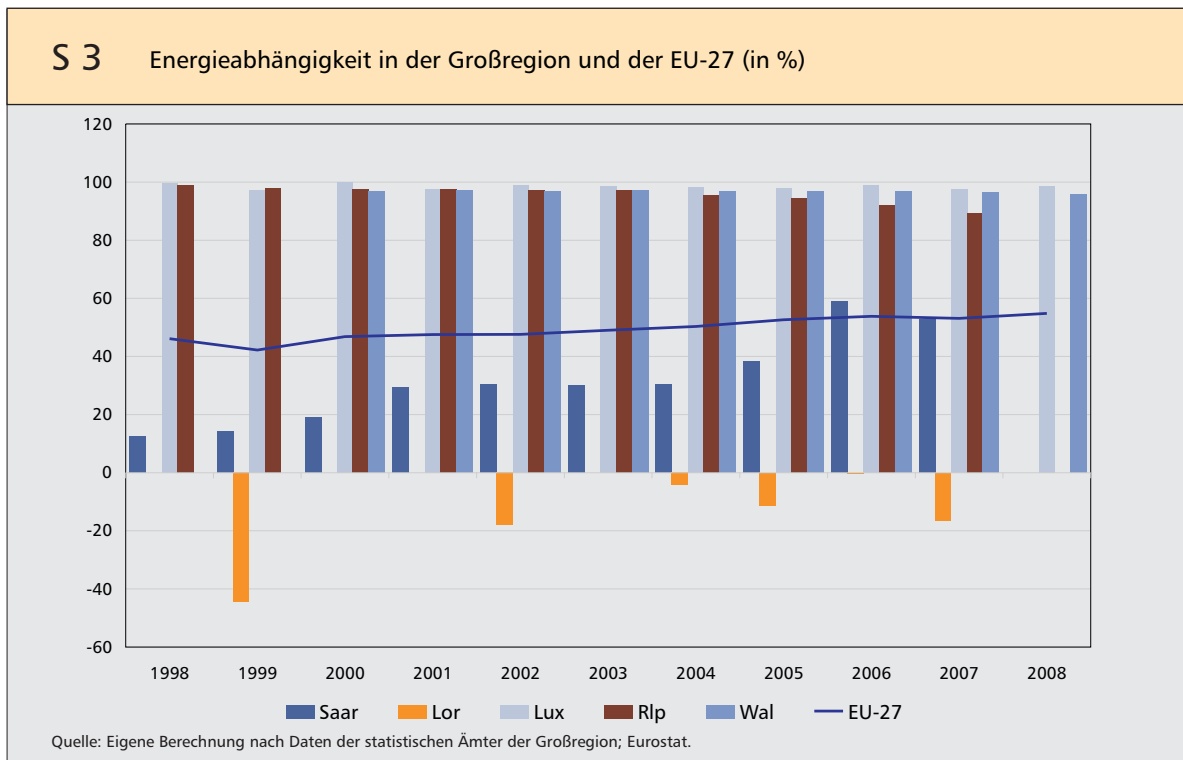
Ebene ausgearbeitet worden und liegen demnach für Luxemburg vor. Für Rheinland-Pfalz und das Saarland liegen die Ergebnisse aus den „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ (www.ugrdl.de) vor, die für Deutschland sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene ein umfangreiches Kompendium statistischer Indikatoren darstellen. Sie umfassen u. a. Aspekte der Umweltproduktivität, der Material- und Energieflüsse, der Flächennutzung, der Umweltschutzmaßnahmen sowie des Verkehrs und der Umwelt. Eine ebenfalls sehr umfangreiche Zusammenstellung verschiedener Indikatoren zur Umweltproblematik liegt für Wallonien vor (<http://etat.environnement.wallonie.be/>)

Indikator: Energieabhängigkeit

„Die Energiepolitik sollte mit den Zielen der Versorgungssicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit in Einklang stehen.“ (EU-SDS, 2006, S. 8)

Energieabhängigkeit ist in Europa angesichts des Umstandes, dass hier ein Großteil der Energie aus fossilen Brennstoffen erzeugt wird, ein zentrales Thema: In der EU werden – bedingt durch die abnehmende Förderung bzw. Verfügbarkeit von fossilen Energieträgern wie Steinkohle, Erdöl und Erdgas – inzwischen 50 Prozent des EU-Gesamtenergieverbrauchs aus Importen gedeckt. Bei gleichzeitiger Zunahme des Energieverbrauchs wird die Abhängigkeit von den Ländern, die diese Rohstoffe liefern können, immer stärker, so dass für die Zukunft die Gefahr einer Energieversorgungs-lücke droht (KOM(2007) 1 endgültig).

Die Energieabhängigkeit wird berechnet als Quotient aus Nettoimport (Import abzüglich Export) und der Summe des Bruttoinlandsenergieverbrauchs (= Primärenergieverbrauch einschließlich Lagerhaltung). Angaben zu Nettoimporten werden in der Energiebilanz von Lothringen nicht ausgewiesen, so dass in dieser Region der Indikator abweichend von der üblichen Vorge-



hensweise ermittelt wird: Hier beschreiben negative Indikatorenwerte den Überschuss der aus Primärerzeugung stammenden Energie (in %) am energetischen Endverbrauch. Auch führen diese fehlenden Angaben dazu, dass kein Wert für die Großregion insgesamt berechnet werden kann.

In allen Teilen der Großregion – mit Ausnahme von Lothringen – ist die Energieabhängigkeit hoch, d. h. ein Großteil der benötigten Energie stammt nicht aus der Region selbst. Dies gilt vor allem für das Großherzogtum Luxemburg und für Wallonien, die im Jahr 2008 einen Abhängigkeitsgrad von 98,6 bzw. 96 Prozent verzeichneten, wobei sich die Entwicklung in diesen beiden Gebieten seit 1998 auf nahezu konstantem Niveau eingependelt hat. Rheinland-Pfalz steht ebenfalls in einem starken Abhängigkeitsverhältnis: Im Jahr 1998 lag der Abhängigkeitsgrad noch bei 98,8 Prozent, konnte aber bis 2007 um fast zehn Prozentpunkte auf 89,2 Prozent gesenkt werden.

Im Saarland war die Energieabhängigkeit bis Ende der 1990er-Jahre zunächst noch gering, da in dieser Zeit der Energiebedarf noch in starkem Maße aus der Eigenförderung von Steinkohle gedeckt wurde. Aufgrund der politischen Entscheidung, den Kohlenbergbau auslaufen zu lassen, ist die Abhängigkeitsquote im Jahr 2006 auf fast 60 Prozent gestiegen. Bis zum Jahr 2012 soll die Kohleförderung im Saarland völlig eingestellt werden.

Eine ähnliche Entwicklung hat Lothringen bereits einige Jahre früher erfahren. In den 1980er-Jahren wurde hier allerdings durch die Inbetriebnahme eines Atomkraftwerks ein Ausgleich geschaffen.

Aufgrund der Dominanz der Atomenergie ist die Großregion insgesamt relativ energieunabhängig. Unter dem Aspekt der

Energieabhängigkeit ist jedoch zu bedenken, dass bei der Stromerzeugung Kernbrennstoffe eingesetzt werden, die nicht in Europa gefördert werden. Daraus ergibt sich ebenfalls eine Abhängigkeit und es besteht, wie auch bei fossilen Energieträgern, eine Begrenztheit der Rohstoffvorkommen. Unberücksichtigt sind in diesem Indikator auch die Probleme, die mit der Entsorgung des atomaren Abfalls verbunden sind.

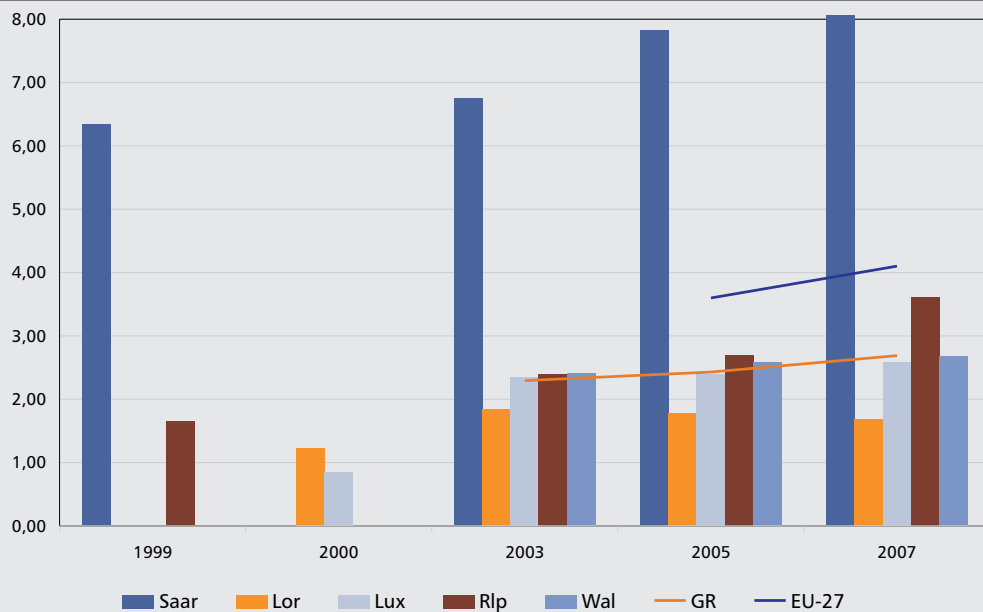
Vergleichsweise hoch ist die Energieabhängigkeit auch in den untersuchten Staaten: Der Anteil für Frankreich, das fast 80 Prozent seines Strombedarfs aus Kernenergie deckt, liegt 2008 bei 51,2 Prozent und damit um 3,6 Prozentpunkte unter dem Anteil der EU-27 mit 54,8 Prozent. Demgegenüber verzeichneten Deutschland und Belgien einen deutlich höheren Abhängigkeitsgrad (60,9 % bzw. 79,5 %). Allen drei Staaten ist gemeinsam, dass sich die Energieabhängigkeit seit 1998 in etwa auf konstantem Niveau hält; in der EU-27 hingegen nahm der Abhängigkeitsgrad von 1998 bis 2008 nahezu stetig zu, und zwar um insgesamt 8,7 Prozentpunkte.

Indikator: Flächen mit ökologischer Landwirtschaft

Ökologische Landwirtschaft orientiert sich aufgrund des verbreiteten Denkens in geschlossenen Wirtschaftskreisläufen eher am Prinzip der Nachhaltigkeit als andere Produktionsbereiche konventioneller Landwirtschaft. Die Produktion qualitativ hochwertiger Grundnahrungsmittel geht aufgrund der Anbaumethoden häufig einher mit positiven Auswirkungen auf Natur und Umwelt.

Wie andere Formen landwirtschaftlicher Aktivität trägt auch der ökologische Landbau zur Gestaltung der Kulturlandschaft bei. Der weitgehende Verzicht auf synthetisch hergestellte Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel entlastet die Umwelt. In den

S 4 Anteil der Flächen mit ökologischer Landwirtschaft an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Großregion und der EU-27 (%)



Quelle: Nationale statistische Ämter, Eurostat; eigene Berechnungen nach Daten der nationalen statistischen Ämter.

letzten Jahren ist eine verstärkte Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln zu verzeichnen, die das Angebot lokaler Produzenten häufig übersteigt.

Der Indikator beschreibt den prozentualen Anteil der Flächen mit ökologischer Landwirtschaft an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt, wobei hier sowohl in der Bewirtschaftungsform vollständig um-

T2 Anteil der Flächen mit ökologischer Landwirtschaft an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (%)

	1999	2000	2003	2005	2007
Saar	6,34	:	6,75	7,82	9,36
Lor	:	1,22	1,84	1,78	1,67
Lux	:	0,84	2,34	2,40	2,58
Rlp	1,65	:	2,39	2,68	3,60
Wal	:	:	2,41	2,58	2,68
DE	2,85	3,20	4,30	4,60	5,08
FR	:	1,30	2,00	2,00	2,00
BE	:	1,50	1,70	1,70	2,40
EU-27	:	:	:	3,60	4,10
GR	:	:	2,29	2,43	2,69

gewandelte als auch in Umstellung befindliche Flächen betrachtet werden.

Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche hat von 1999 bis 2007 (bei unvollständiger Datenlage) in allen Regionen und Staaten zugenommen – mit Ausnahme von Frankreich, wo sich der Anteil ab 2003 nicht mehr veränderte. Der höchste Anteil an ökologisch bewirtschafteten Flächen ist im Saarland zu verzeichnen (2007: 9,1 %), mit größerem Abstand gefolgt von Rheinland-Pfalz (2007: 3,6 %). Sowohl das Saarland als auch Deutschland insgesamt (2007: 5,1 %) liegen damit deutlich über dem Schnitt der EU-27 (2007: 4,1 %). Die Anteile ökologisch bewirtschafteter Flächen von Luxemburg und Wallonien entsprechen in etwa dem Anteil der Großregion (2007: 2,7 %); den niedrigsten Anteil mit 1,7 Prozent verzeichnet Lothringen.

Die Fläche, die in der Großregion im Jahr 2007 ökologisch bewirtschaftet wurde, umfasst insgesamt 75 282 Hektar und entspricht in etwa der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Saarlandes. Mehr als ein Drittel der in der Großregion ökologisch bewirtschafteten Fläche (2007) befindet sich in Rheinland-Pfalz, jeweils ein Viertel in Wallonien und Lothringen.

Hauptziel der Strategie der nachhaltigen Entwicklung: Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist sicherzustellen, dass die gegenwärtig lebenden Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen können, ohne die Lebensgrundlage zukünftiger Generation zu gefährden. Die Umsetzung dieser Forderung wird in hohem Maße durch gesellschaftliche Aspekte determiniert. Auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft wird durch „soziale Faktoren“ bestimmt, beispielsweise durch die Bevölkerungsstruktur,

das Arbeitskräftepotenzial, das Bildungssystem und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft.

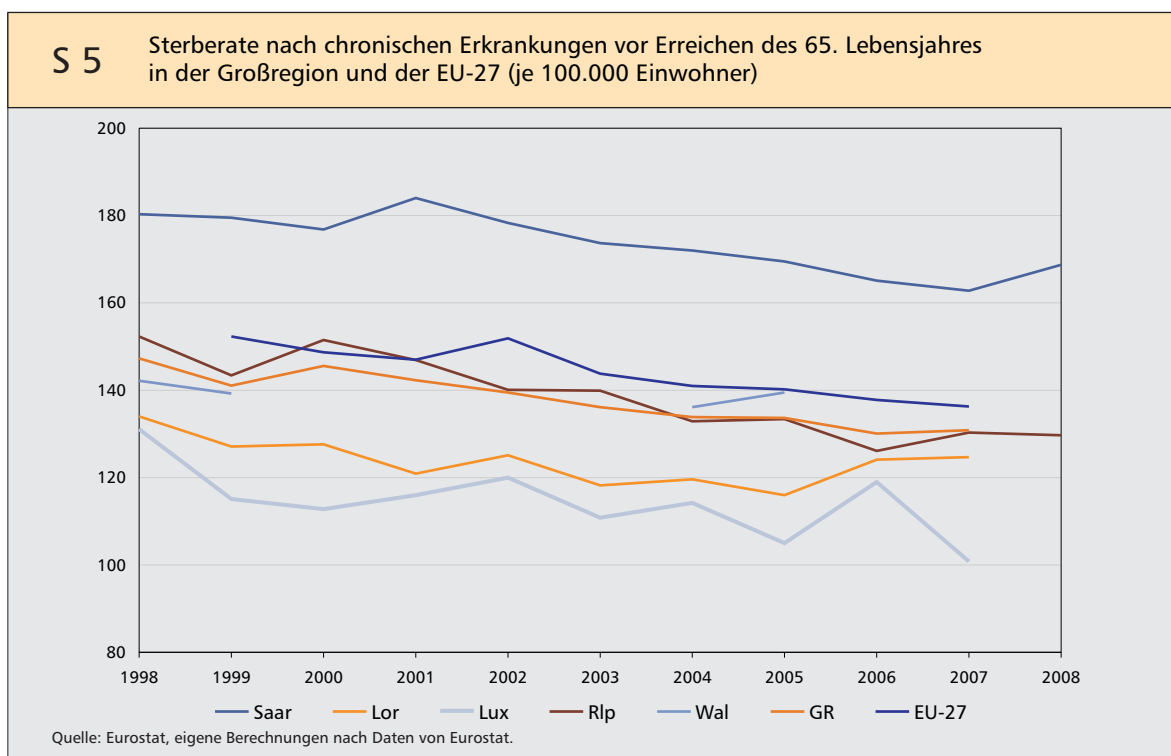
Indikator: Sterberate aufgrund chronischer Erkrankungen der unter 65-Jährigen

Ein Ziel der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie ist die „Verringerung von Diskrepanzen im Gesundheitsbereich innerhalb von und zwischen Mitgliedstaaten (...)“ (EU-SDS, 2006, S. 15). Ein Großteil der Bevölkerung in Industriestaaten stirbt aufgrund chronischer Erkrankungen. Obwohl chronische Erkrankungen in der Bevölkerungsgruppe der unter 65-Jährigen weniger häufig auftreten, sind sie dennoch für etwa 60 Prozent der Sterbefälle in dieser Altersklasse ursächlich (Eurostat, 2009).

In dem entsprechenden Indikator können sich damit indirekt auch die Lebensbedingungen der Bevölkerung, die Qualität der medizinischen Versorgung, der medizinisch-technische Fortschritt, gesundheitliche Beeinträchtigung durch den Lebensstil und Umweltbelastungen niederschlagen.

Der Indikator beschreibt die standardisierte Sterberate aufgrund bestimmter chronischer Erkrankungen vor dem 65. Lebensjahr (je 100 000 Einwohner), wobei folgende Erkrankungen einbezogen werden: Malignes Neoplasma, Diabetes mellitus, ischämische Herzerkrankungen, Schlaganfall, chronische Erkrankungen der unteren Atemwege und chronische Lebererkrankungen.

Der Indikator gibt an, wie viele Menschen vor Erreichen des 65. Lebensjahres sterben. Durch den Bezug auf die Größe „je 100 000 Einwohner“ werden die absoluten Zahlen aus der Todesursachenstatistik relativiert, um einen Vergleich zwischen den verschiedenen Regionen und Staaten herstellen zu können.



Die vorliegenden Sterberaten weisen für alle Regionen und Staaten wie auch in der EU-27 insgesamt im Zeitraum von 1999 bis 2007 eine – wenn auch unregelmäßig – abnehmende Tendenz auf: In der Großregion

(der Indikator wurde teilweise ohne Angaben zu Wallonien berechnet) hat die Sterblichkeit gegenüber 1999 um 7,2 Prozent abgenommen, in der EU-27 um 10,5 Prozent.

T3 Sterberate nach chronischen Erkrankungen vor Erreichen des 65. Lebensjahres (je 100 000 Einwohner)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Saar	180,3	179,5	176,8	184,0	178,3	173,7	172,0	169,5	165,1	162,8	168,7
Lor	134,0	127,1	127,6	120,9	125,1	118,2	119,6	116,0	124,1	124,7	
Lux	131,1	115,1	112,8	116,0	120,0	110,8	114,2	105,0	119,0	100,8	
Rlp	152,3	143,4	151,5	146,9	140,1	139,9	132,9	133,4	126,1	130,3	129,7
Wal	142,2	139,3					136,1	139,5			
DE	158,4	155,4	152,4	147,9	146,2	142,8	137,3	133,6	129,4	126,4	126,0
FR				114,8	114,6	114,2	112,0	112,2	112,7	112,2	111,8
BE	131,9	130,3					119,7				
EU-27		152,3	148,7	147,0	151,9	143,8	141,0	140,2	137,8	136,3	
GR ¹⁾	147,3	141,1	145,6	142,3	139,5	136,1	133,9	133,6	130,1	130,9	

¹⁾ Werte in Kursivschrift ohne Wallonien.

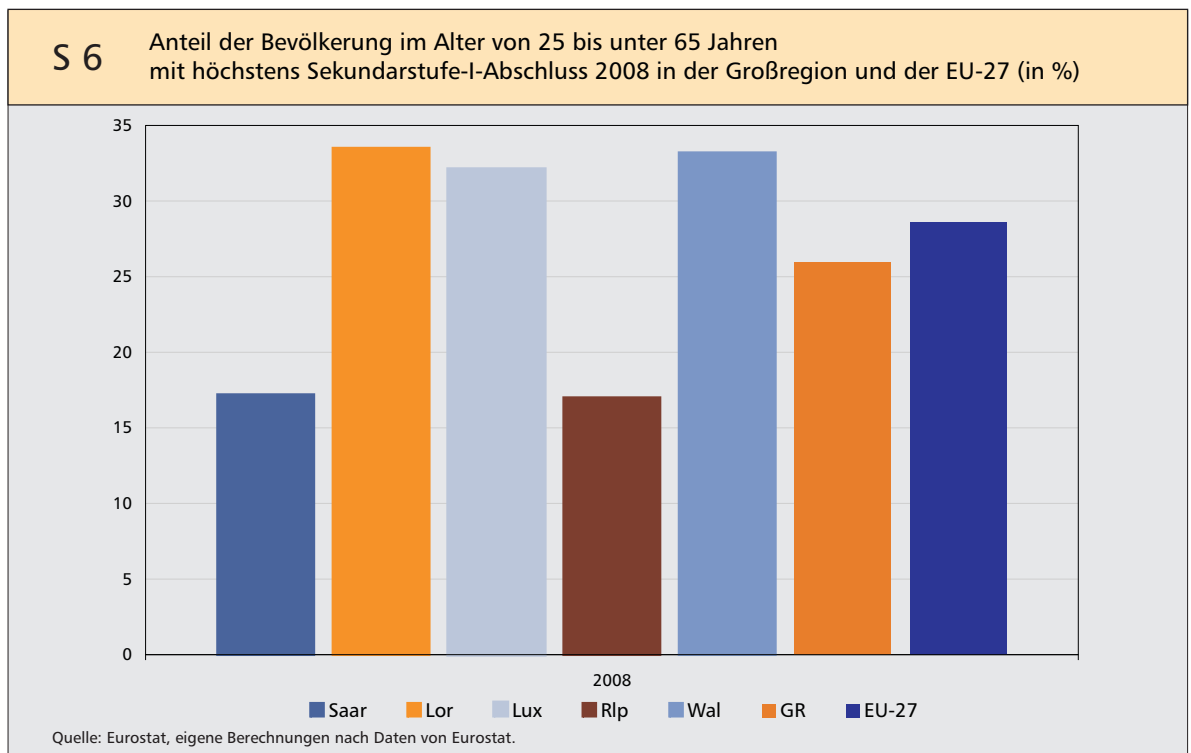
Im Jahr 2007 starben in der Großregion (ohne Wallonien) relativ weniger Menschen vor dem 65. Lebensjahr als in der EU-27 (Sterberate 130,9 bzw. 136,3). Die niedrigsten Sterberaten verzeichneten Luxemburg (100,8) und Frankreich (111,8). Demgegenüber ist das Risiko, frühzeitig an chronischen Erkrankungen zu sterben, für die unter 65-Jährigen im Saarland mit 162,8 Sterbefällen je 100 000 Einwohner überdurchschnittlich hoch. Dies ist hier insbesondere auf die Häufigkeit von Erkrankungen aufgrund maligner Neoplasmen und ischämischer Herzerkrankungen (die aber beide im Zeitablauf abnehmen) zurückzuführen. In den übrigen Regionen lagen die Raten zwischen 124,7 (Lothringen) und 130,3 (Rheinland-Pfalz) Sterbefällen je 100 000 Einwohner.

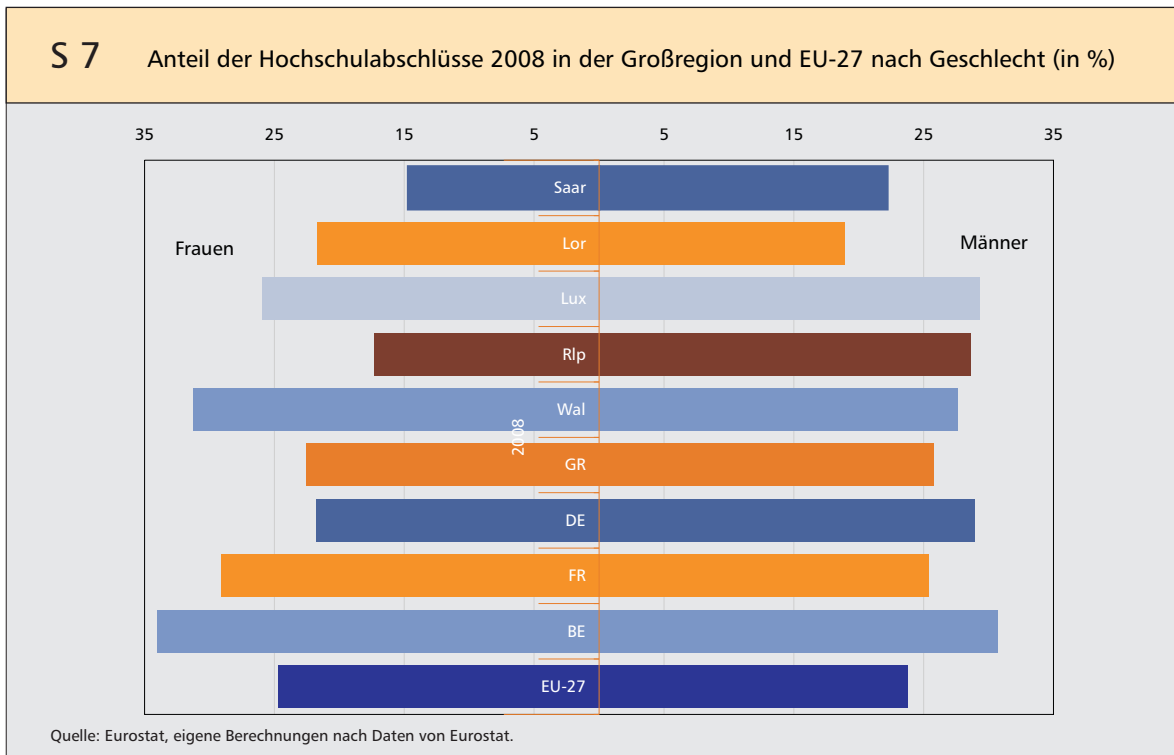
Nach den vorliegenden Daten sterben mehr Männer als Frauen an chronischen Erkrankungen vor Erreichen des 65. Lebensjahres, wobei diese Unterschiede besonders groß in Lothringen und am wenigsten ausgeprägt im Großherzogtum Luxemburg sind.

Indikator: Bildungsniveau

„Bildung ist eine Grundvoraussetzung für die Förderung von Verhaltensänderungen und dafür, dass allen Bürgerinnen und Bürgern die Schlüsselkompetenzen vermittelt werden, die für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung erforderlich sind. Erfolge bei der Umkehr nicht nachhaltiger Trends werden in hohem Maße von einer hochwertigen Bildung für nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen des Bildungssystems abhängen, einschließlich zu Fragen wie nachhaltige Nutzung von Energien und Verkehrssystemen, nachhaltige Verbrauchs- und Produktionsmuster, Gesundheit, Medienkompetenz und verantwortungsvolle globale Bürgerschaft.“ (EU-SDS, 2006, S. 22)

Der Indikator wird definiert als Prozentsatz der Bevölkerung von 25 bis unter 65 Jahren, der ein Ausbildungsniveau gemäß der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (International Standard Classification of Education, ISCED) vorweisen kann.





Darstellung des Indikators

Beim Anteil der Personen, die einen Tertiärabschluss (Hochschulniveau) erreicht haben, rangierte im Jahr 2008 Wallonien mit 29,4 Prozent an erster Stelle. Die übrigen Teilregionen verzeichneten Anteile zwischen 18,4 Prozent (Saarland) und 27,7 Prozent (Luxemburg). Von den fünf Teilgebieten lagen demnach nur zwei Regionen, nämlich Luxemburg und Wallonien, über dem Wert der Großregion insgesamt (25,3 %). Diese Quote wiederum übertraf den Wert der EU-27 leicht um 0,1 Prozentpunkte.

Bei den hier untersuchten Staaten lag Belgien – vor Luxemburg – mit einem Anteil von 32,3 Prozent auf dem ersten Platz. Frankreich erreicht 27,3 Prozent und Deutschland 25,4 Prozent.

In der Differenzierung nach Geschlecht ist festzustellen, dass im Jahr 2008 in Frankreich und Lothringen sowie in Belgien und Wallonien anteilmäßig mehr Frauen als

Männer einen Hochschulabschluss vorweisen konnten. In Deutschland insgesamt, im Saarland und in Rheinland-Pfalz sowie in Luxemburg zeigt sich ein gegenteiliges Bild: Hier ist der Anteil der Männer, die einen Tertiär-Schulabschluss erreicht haben, höher als der Anteil der Frauen mit entsprechender Qualifikation.

Die Quoten in der Großregion lagen bei 25,8 Prozent (Männer) und 22,6 Prozent (Frauen) und damit um zwei Prozentpunkte (Männer) über bzw. um 2,1 Prozentpunkte (Frauen) unter dem Wert der EU-27.

Abschließende Betrachtung

Nachhaltige Entwicklung ist ein vielschichtiges und komplexes Thema. Die indikatoren-basierte Messung und Analyse ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte zielt darauf ab, Auswirkungen menschlichen Handelns zu messen und zu bewerten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass die Bemühungen zum nachhaltigen Handeln in der jüngsten Vergan-

genheit innerhalb der Großregion bereits Fortschritte erbracht haben.

Die vorgestellten Indikatoren stammen aus der Studie „Nachhaltige Entwicklung in der Großregion“. Diese beinhaltet zusätzlich viele weitere Indikatoren zu den Themen Energie, erneuerbare Energien, Verkehr und Gesundheit, Natur sowie Konsumstrukturen. Hiermit sind erstmals regional

internationale Indikatoren zur Messung der unterschiedlichen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung in unserem Grenzraum vorgestellt worden. Eine Fortführung und der Ausbau weiterer Indikatoren zur wichtigen und zukunftsweisenden Messung von nachhaltiger Entwicklung in der Großregion „Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie“ wäre erstrebenswert.



Fachbibliothek für Statistik

Die Bibliothek des Statistischen Amtes ist eine Fachbibliothek für Statistik im Saarland. Sie ist mehr als nur ein Archiv für die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes. Sie beherbergt auch die Sammlung aller Quellen zur saarländischen Statistik und der Bibliotheksbestand umfasst ca. 80 000 Medieneinheiten, d.h. Bücher, CD-ROMs, Zeitschriftenbände und Dateien. Außerdem liegen fast 600 laufende Zeitschriften zur Einsicht bereit.

So finden Sie dort u.a.

- Amtliche Statistiken des Bundes und der Länder, darunter auch Statistiken der ehemaligen deutschen Länder und Statistiken aus Zeiten des Deutschen Reiches;
- Veröffentlichungen ausländischer Statistikämter, inter- und supranationaler Organisationen;
- Statistische Veröffentlichungen anderer Institutionen wie Ministerien, Bundesbehörden etc.;
- Lehrbücher und Methodenliteratur zur Statistik;
- Publikationen von Wirtschaftsforschungs- und anderen wissenschaftlichen Instituten;
- Hintergrundliteratur zu den verschiedensten statistikrelevanten Gebieten.

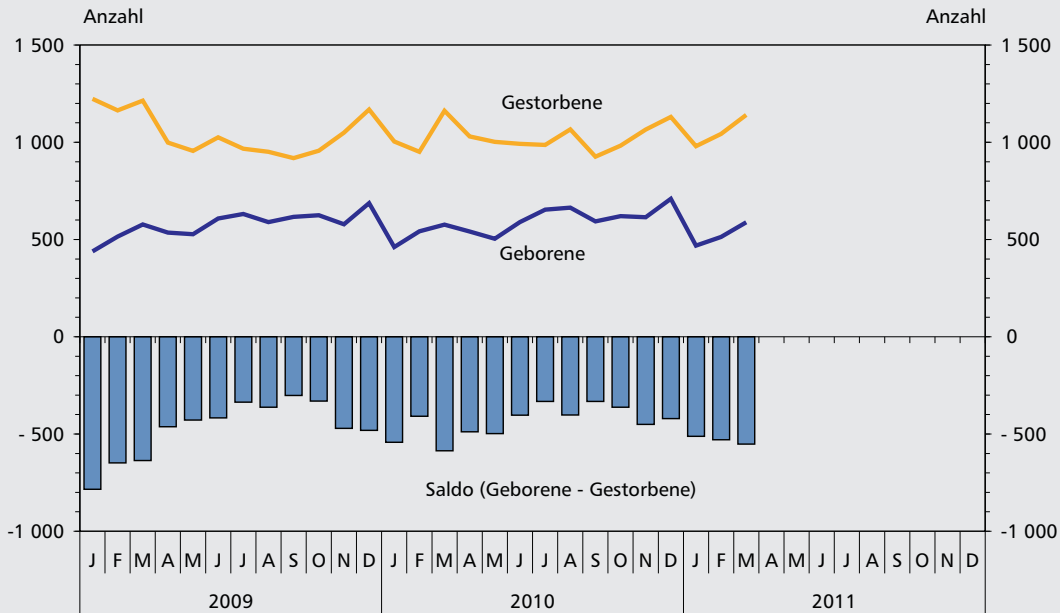
Öffnungszeiten:

Montag - Freitag 8.30 - 12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

Bibliothek im Statistischen Amt Saarland

Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken, Telefon (0681) 501-5901/5903
Fax (0681) 501 5921, E-Mail: bibliothek.statistik@lzd.saarland.de;
Internet: www.statistik.saarland.de

Natürliche Bevölkerungsbewegung im Saarland



März 2011 (2010)

Geborene
588 (576)

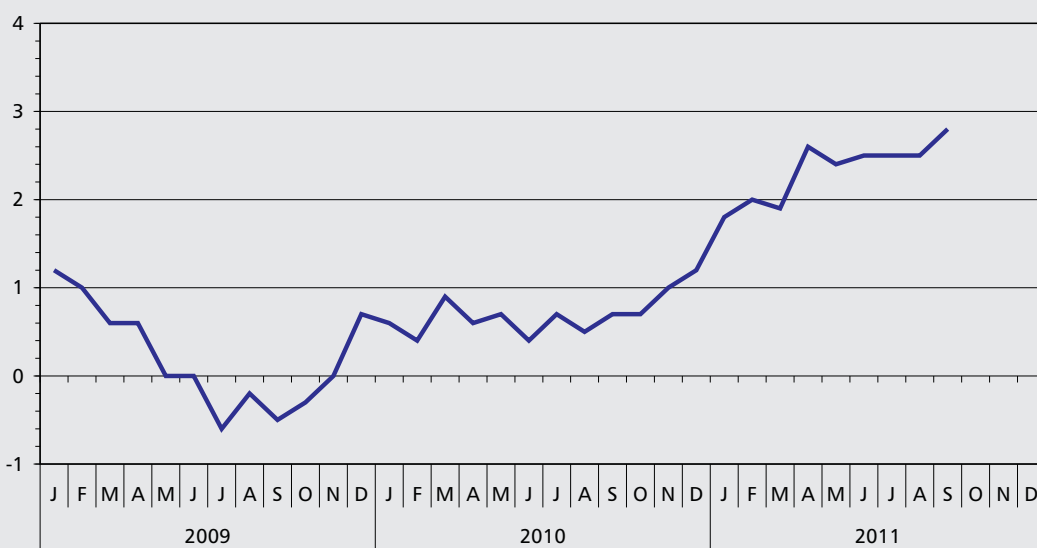
Gestorbene
1 140 (1 162)

Saldo
(Geborene - Gestorbene)
- 552 (- 586)

© Statistisches Amt Saarland

Verbraucherpreisindex im Saarland

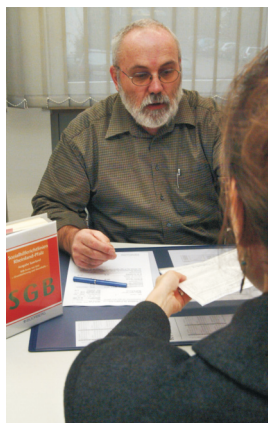
Basis 2005 = 100
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



September 2011 (2010)

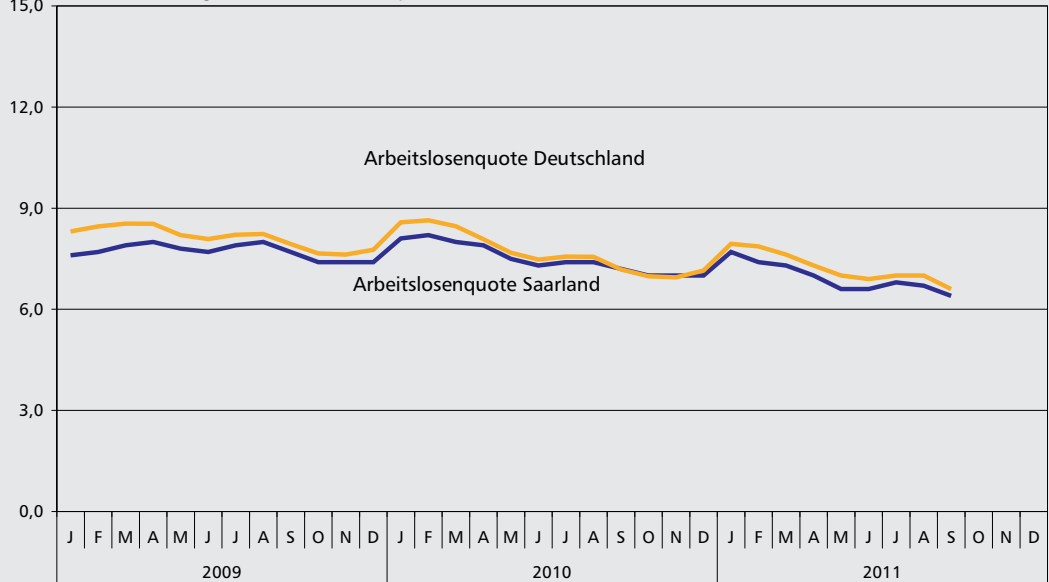
Veränderungen
gegenüber dem
Vorjahresmonat
2,8 % (0,7 %)

© Statistisches Amt Saarland



Arbeitslose

Quote in % (bezogen auf zivile Erwerbspersonen)



September 2011 (2010)

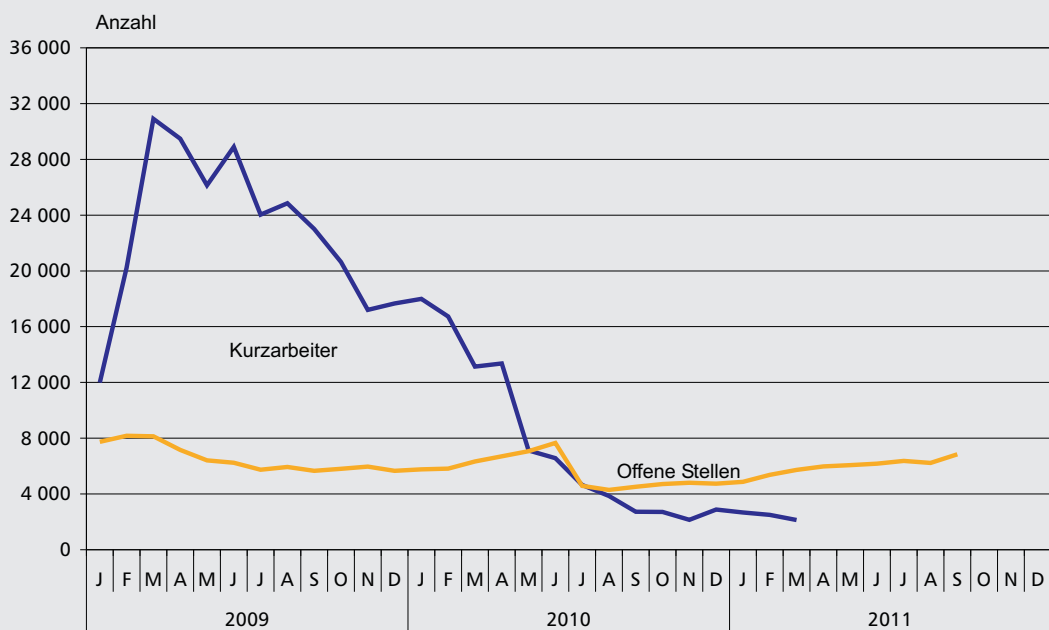
Arbeitslosenquote Saarland
6,4 % (7,2 %)

Deutschland
6,6 % (7,2 %)

© Statistisches Amt Saarland (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)



Kurzarbeiter und offene Stellen im Saarland



März 2011 (2010)

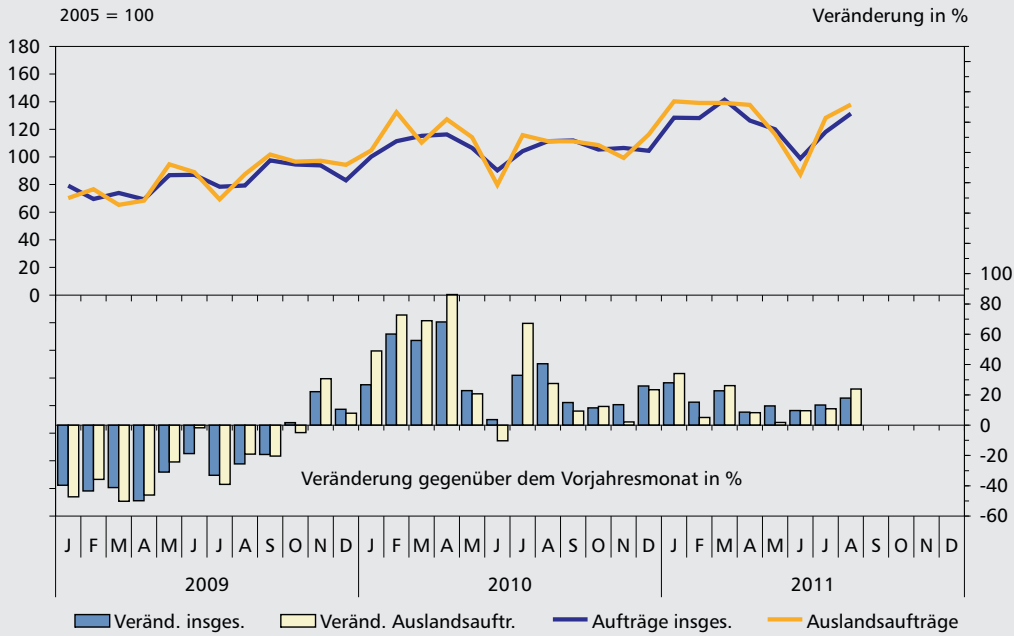
Kurzarbeiter
2 127 (13 142)

September 2011 (2010)

Offene Stellen
6 846 (4 516)

© Statistisches Amt Saarland (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Auftragseingangsindex Verarbeitendes Gewerbe im Saarland



August 2011 (2010)

Auftr. insgesamt
131,3 (111,4)

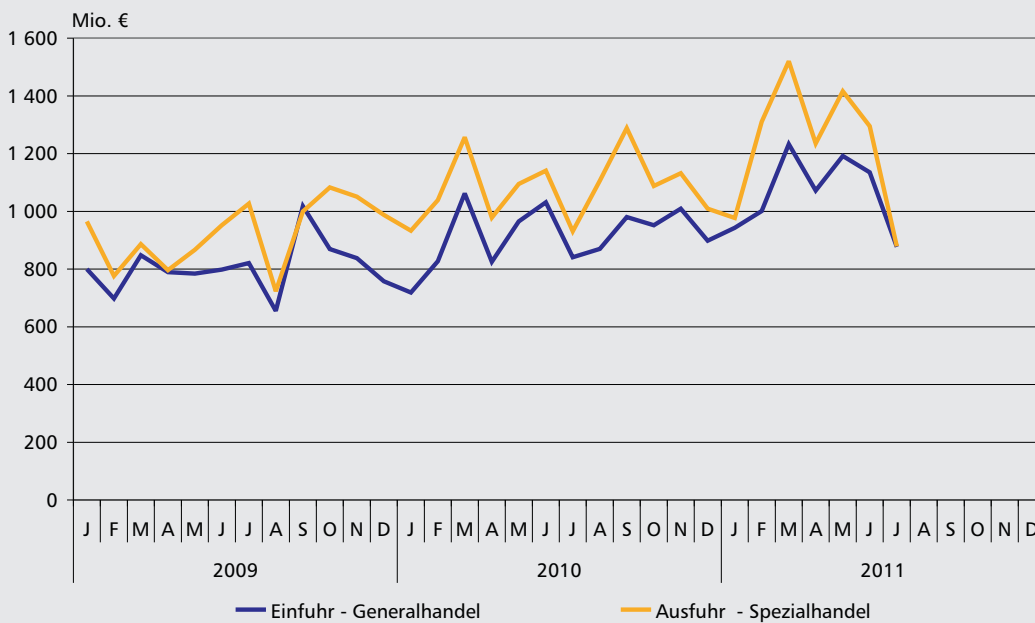
Veränd. insgesamt
17,9 % (40,5 %)

Auslandsauftr.
137,9 (111,4)

Veränd. Ausl.auftr.
23,8 % (27,5 %)

© Statistisches Amt Saarland

Außenhandel im Saarland



Juli 2011 (2010)

Einfuhr - Generalhandel
877 Mio.
(841 Mio.)

Ausfuhr - Spezialhandel
879 Mio.
(931 Mio.)

© Statistisches Amt Saarland



Gästekünfte und -übernachtungen im Saarland

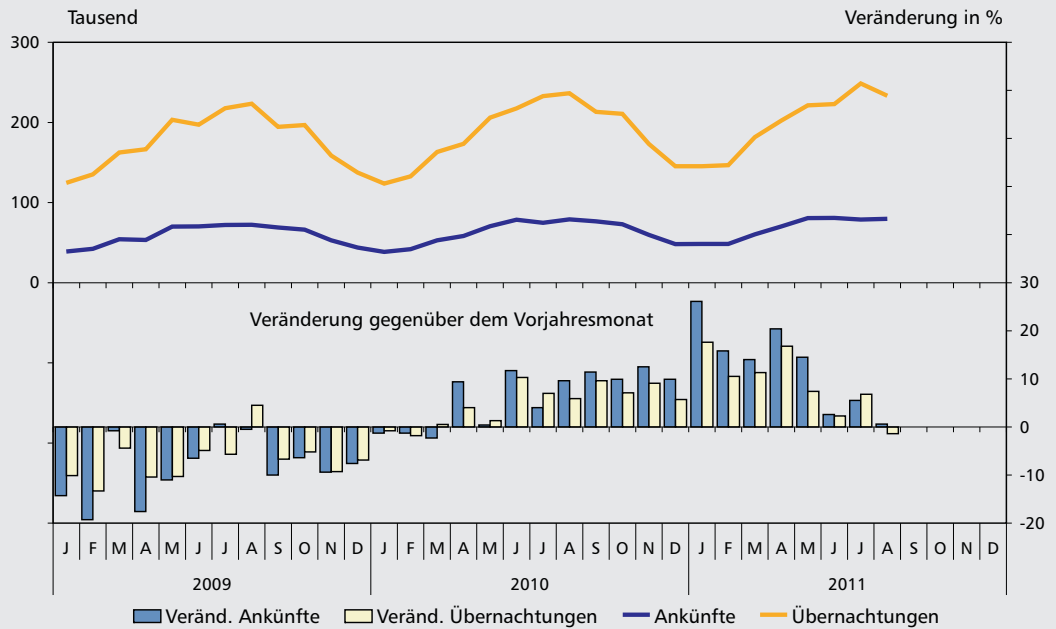
August 2011 (2010)

Ankünfte
79 605 (79 127)

Veränd. Ankünfte
0,6 % (9,6 %)

Übernachtungen
233 282 (236 507)

Veränd. Übernacht.
- 1,4 % (5,9 %)



© Statistisches Amt Saarland

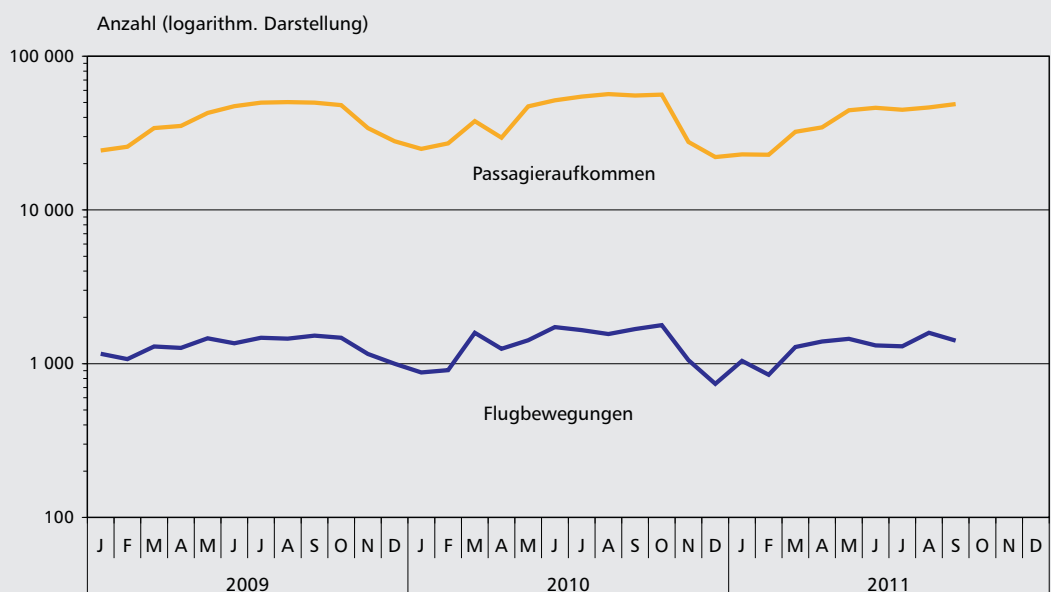


Luftverkehr Flughafen Saarbrücken

September 2011 (2010)

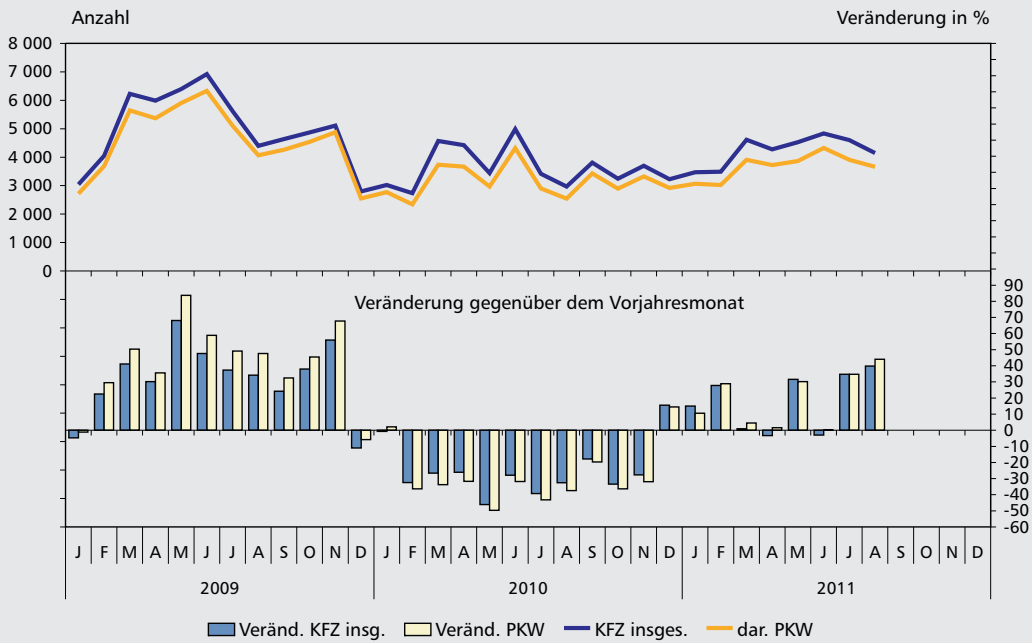
Flugbewegungen
1 412 (1 680)

Passagieraufkommen
48 903 (55 543)

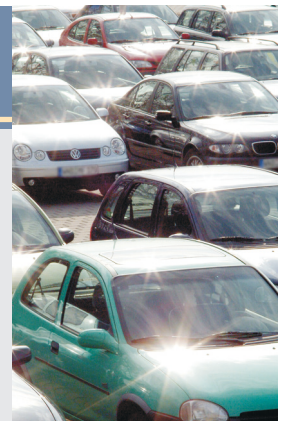


© Statistisches Amt Saarland

Kfz-Neuzulassungen im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



August 2011 (2010)

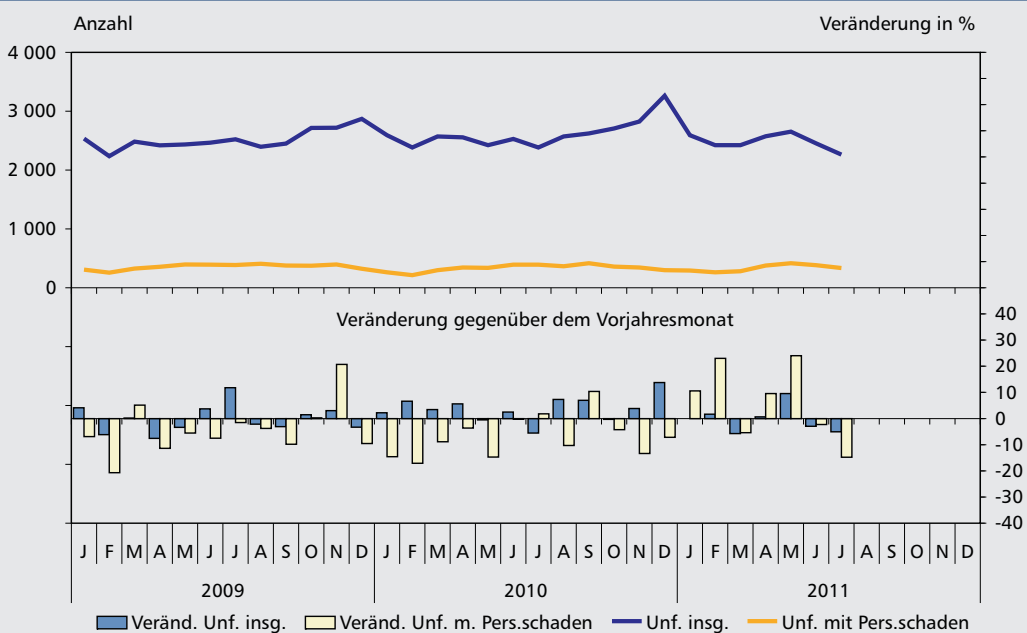
Kfz insgesamt
4 144 (2 964)

Veränd. Kfz insgesamt
39,8 % (- 32,6 %)

dar. PKW
3 659 (2 540)

Veränd. PKW
44,1 % (- 37,5 %)

Straßenverkehrsunfälle im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



Juli 2011 (2010)

Unfälle insgesamt
2 264 (2 384)

Veränd. Unf. insg.
- 5,0 % (- 5,5 %)

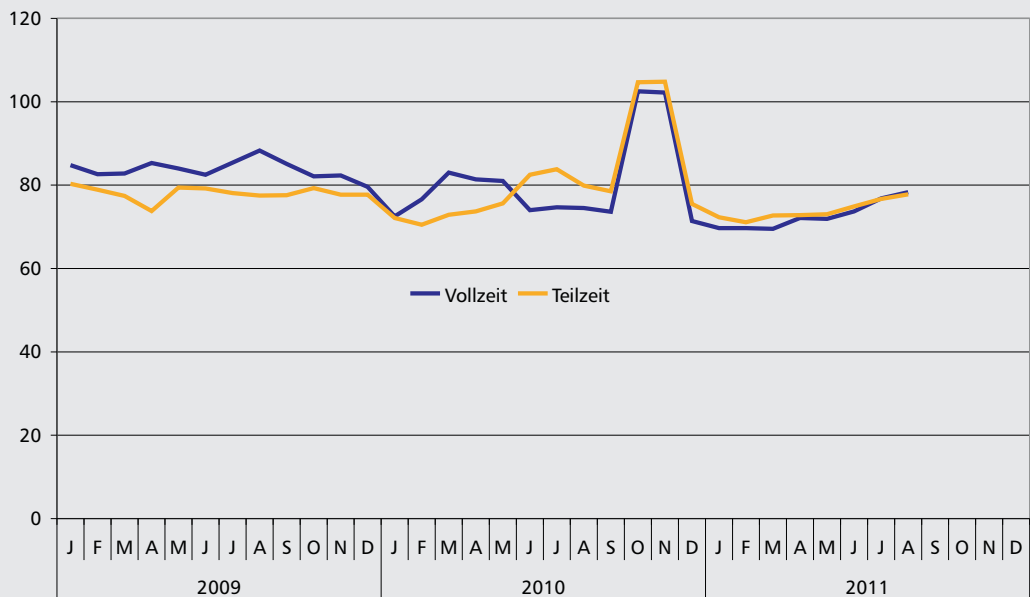
Unf. mit Pers.schaden
335 (393)

Veränd. Unf. mit
Pers.schaden
- 14,8 % (1,8 %)



Beschäftigte im saarländischen Gastgewerbe

Monatsdurchschnitt 2005 = 100



August 2011 (2010)

Vollzeitbeschäftigte
78,3 (74,5)

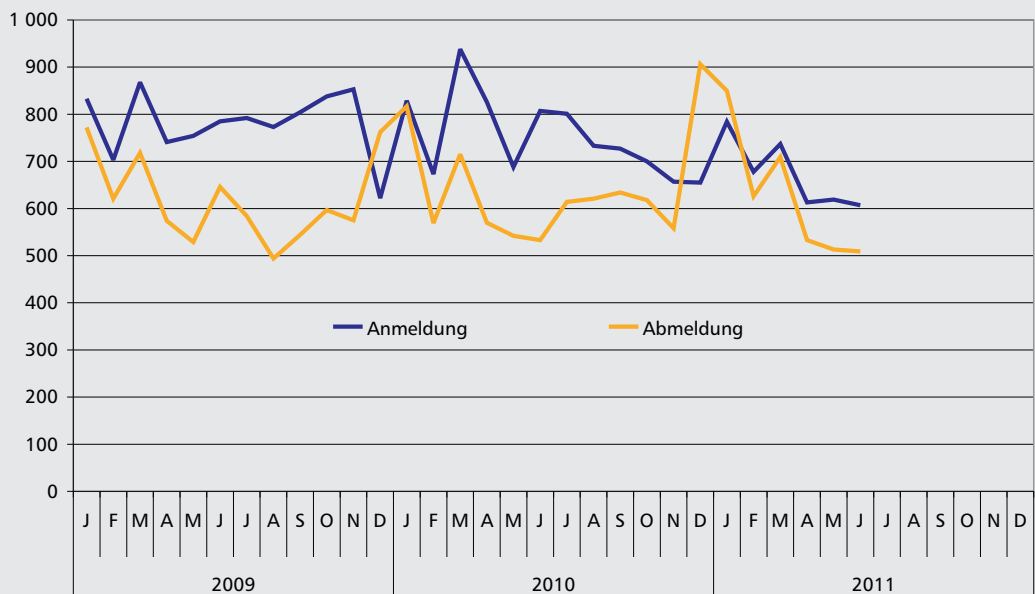
Teilzeitbeschäftigte
77,8 (79,9)

© Statistisches Amt Saarland



Gewerbebean- und -abmeldungen im Saarland

Anzahl



Juni 2011 (2010)

Anmeldungen
607 (807)

Abmeldungen
509 (533)

© Statistisches Amt Saarland

Statistisches Amt Saarland

Märkte im Saarland 2012



Format: Print/PDF-Datei

Preis: 10,- Euro

Der Marktkalender wird nach amtlichen Unterlagen der Gemeinden zusammengestellt und gibt einen Überblick über die im kommenden Jahr stattfindenden einmaligen und regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen im Saarland, angefangen vom Flohmarkt bis hin zur großen Verbrauchermesse.

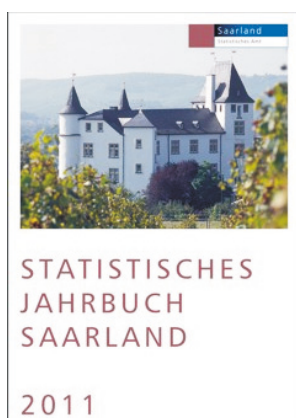
Die Veranstaltungen werden nach Art, Beginn und Dauer sowohl in alphabetischer Reihenfolge der Marktorte als auch in chronologischer Reihenfolge dargestellt. Zusätzlich sind die Wochenmärkte und Weihnachtsmärkte gesondert dargestellt.

Angaben zu den Einwohnerzahlen der Marktorte, ein Kalendarium mit den Schulferien und Feiertagen sowie eine Verwaltungskarte des Saarlandes ergänzen das Informationsangebot.

 www.statistik.saarland.de

Statistisches Amt Saarland

Jahrbuch 2011



Format: Print

Preis: 20,- Euro

Als Querschnittsveröffentlichung bietet das Jahrbuch umfassende Informationen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik des Saarlandes. Neben Daten zur Bevölkerung, dem Bildungswesen und der Kultur enthält das Buch auch Statistiken der Wahlergebnisse sowie aus den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft. In übersichtlicher Form werden aktuelle Strukturen als auch zeitliche Veränderungen dargestellt.

Das komplette Inhaltsverzeichnis sowie einige ausgewählte Seiten stehen im Internet unter www.statistik.saarland.de zur Ansicht bereit.

 www.statistik.saarland.de

Gemeinschaftsveröffentlichung

Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2009



Format: PDF-Datei
Preis: Kostenloser Download
im Internet

Der Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland“ ist Teil des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“, das seit Mitte 2006 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt wird. Die Sozialberichterstattung hat die Aufgabe, den Zustand und die Veränderung der allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung kontinuierlich zu beobachten und zu beschreiben. Sie stellt damit entscheidungsrelevante Informationen für die Sozialpolitik sowie für die interessierte Öffentlichkeit bereit. Der Bericht gibt einen groben Überblick über Fallzahlen, Strukturen und Ausgaben der sozialen Mindestsicherungssysteme in Deutschland. Die ausführlichen analytischen Texte zu den so genannten Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme in den einzelnen Bundesländern werden durch Tabellen und Grafiken ergänzt.

 www.statistikportal.de

Statistische Ämter der Großregion

Harmonisierte statistische Indikatoren - Nachhaltige Entwicklung in der Großregion



Format: PDF-Datei
Preis: Kostenloser Download
im Internet

In dieser Studie der Arbeitsgruppe „Statistik“ der Großregion wurden, im Rahmen des Programms INTERREG IV A, Indikatoren der nachhaltigen Entwicklung erstmalig in dem regionalen grenzüberschreitenden Kontext der Großregion SaarLorLux analysiert und dokumentiert. In Anlehnung an die europäische Nachhaltigkeitsstrategie (EU-SDS (Komm: 10917/06)) und den von Eurostat (2009) veröffentlichten Monitoringreport zur nachhaltigen Entwicklung hat diese Studie zum Ziel, den aktuellen Stand der Nachhaltigkeit in den einzelnen Teilgebieten der Großregion aufzuzeigen und zu vergleichen. Damit wird die Großregion als dynamischer europäischer Wirtschaftsraum erstmals auch im Kontext der immer wichtiger werdenden nachhaltigen Entwicklung betrachtet.

 <http://www.grande-region.lu>

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes Saarland im Monat August 2011

Statistische Berichte

Abschlussprüfungen an den Hochschulen des Saarlandes im Prüfungsjahr 2009	B III 3 - j 2009	Fremdenverkehr im Mai 2011	G IV 1 - m 5/2011
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2011	E I 1 - m 5/2011	Fremdenverkehr im Juni 2011	G IV 1 - m 6/2011
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juni 2011	E I 1 - m 6/2011	Straßenverkehrsunfälle im April 2011	H I 1 - m 4/2011
		Steueraufkommen im Saarland 2010	L I 1/L I 2 - j 2010
		Verbraucherpreisindex Juli 2011	M I 2 - m 7/2011

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes Saarland im Monat September 2011

Statistische Berichte

Bevölkerungsentwicklung im 1. Vierteljahr 2011	A I 1 - vj 1/2011	Baugewerbe im Juni 2011	E II 1 / E III 1 - m 6/2011
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 1. Vierteljahr 2011	A II 1 - vj 1/2011	Baugewerbe im Juli 2011	E II 1 / E III 1 - m 7/2011
Wanderungen im 1. Vierteljahr 2011	A III 1 - vj 1/2011	Gemeldete Baugenehmigungen im 2. Vierteljahr 2011	F II 1 - vj 2/2011
Wanderungen 2010	A III 1 - j 2010	Handel im April 2011	G I 1 - m 4/2011
Bodennutzung 2010	C I 1 - j 2010	Fremdenverkehr im Juli 2011	G IV 1 - m 7/2011
Gewerbeanzeigen im Saarland 2. Quartal 2010 und 1. Halbjahr 2010	D I 2 - vj 2/2010	Gastgewerbe im April 2011	G IV 3 - m 4/2011
Gewerbeanzeigen im Saarland 3. Quartal 2010	D I 2 - vj 3/2010	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 2. Vierteljahr 2011	H I 4 - vj 2/2011
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2011	E I 1 - m 7/2011	Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 2009 (Korrekturbericht)	L III 2 - j 2009
Produktionsindex und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes 2. Vierteljahr 2011	E I 2 - vj 2/2011	Verbraucherpreisindex August 2011	M I 2 - m 8/2011

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes Saarland im Monat Oktober 2011

Statistische Berichte

Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Haushalte und Familien im Saarland 2010	A I 5/A VI 2 - j 2010	Straßenverkehrsunfälle im Mai 2011	H I 1 - m 5/2011
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2009	A II 1 - j 2009	Straßenverkehrsunfälle im Juni 2011	H I 1 - m 6/2011
Gerichtliche Ehelösungen 2010	A II 2 - j 2010	Verbraucherpreisindex September 2011	M I 2 - m 9/2011
Sozialversicherungspflichtig Be- schäftigte am 31.12.2010	A VI 5 - vj 4/2010	Preisindex für Bauwerke August 2011	M I 4 - vj 3/2011
Bewährungshilfe 2008	B VI 7 - j 2008	Durchschnittliche Kaufwerte von Bauland im Saarland 2010	M I 6 - j 2010
Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft 2010	C IV 7 - 2 j 2010	Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2010	M I 7 - j 2010
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im August 2011	E I 1 - m 8/2011	Verdienste und Arbeitszeiten im Saarland 1. Quartal 2011	N I 1 - vj 1/2011
Baugewerbe im August 2011	E II 1/E III 1 - m 8/2011	Verdienste und Arbeitszeiten im Saarland 2. Quartal 2011	N I 1 - vj 2/2011
Das Handwerk im Jahr 2010	E V 1 - j 2010	Bruttoinlandsprodukt und Bruttowert- schöpfung nach Wirtschafts- bereichen 1991 bis 2010	P I 1 - j 2010
Handel im Mai 2011	G I 1 - m 5/2011	Arbeitnehmerentgelt nach Kreisen 1998 bis 2009	P I 5 - j 2009
Handel im Juni 2011	G I 1 - m 6/2011	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis Juni 2011	Z 1 - m 6/2011
Handel im Juli 2011	G I 1 - m 7/2011		
Gastgewerbe im Mai 2011	G IV 3 - m 5/2011		
Gastgewerbe im Juni 2011	G IV 3 - m 6/2011		
Gastgewerbe im Juli 2011	G IV 3 - m 7/2011		

Alle in dieser Rubrik vorgestellten Publikationen können beim Statistischen Amt Saarland bestellt werden: statistik@lzd.saarland.de, Tel. +49 681 501 5925, Fax +49 681 501 5915, Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken. Die Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zusätzlich über das gemeinsame Statistik-Portal <http://www.statistikportal.de/Statistik> erhältlich.

 www.statistik.saarland.de